DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 159, Samstag, 23. Dezember 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand und Oskar Lafontaine



Die Spritzen töten, die Medien lügen, die USA sind pleite, der Krieg gegen Russland geht verloren, am Hamas-Überfall war etwas faul und es geht abwärts. Gibt es an Weihnachten 2024 Hoffnung?

Ja, uns! Wir sind die Hoffnung. Diese Zeitung und die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung schreiben nicht nur seit 28. März 2020 Geschichte in unserem Land und weltweit. Wir stehen zudem unter einem besonderen Schutz. Es ist der Schutz, der den Redlichen, den Wahrhaftigen, den Gerechten und Rechtschaffenden zusteht. Es ist auch der Schutz, der denen zusteht, die Qualen und Verbrechen erduldeten und die Balance selber herstellen, anstatt auf einen Sankt-Nimmerleins-Tag zu warten.

GENUG GELITTEN,
WIR SETZEN UNS DURCH!

In dieser Ausgabe stellt Jura-Professor Martin Schwab fest, mit welchen Mitteln zweifelhafte Regierungsvertreter unter der Corona-Lüge agieren (Seite 5). Den Demonstrationskalender der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung finden Sie auf Seite 6. Dazu informieren die oppositionellen Polizisten für Aufklärung, Bauernsprecher Anthony Lee über die Großdemonstrationen der Landwirte in Berlin im DW-Interview auf Seite 10. Seit bald vier Jahren geht das deutsche Volk überall, in allen Regionen und fast täglich auf die Straßen. Wann kommen Sie hinzu? Wir erneuern unsere Verfassung von unten, aus dem Volk selbst: Wir übernehmen die Macht selbst mit Volksabstimmungen in allen grundlegenden Angelegenheiten! Auf den Panorama-Seiten 12 und 13 ziehen unterschiedlichste Menschen dieser gigantischen Demokratiebewegung ihre persönliche Bilanz über den Widerstand das Jahres 2023. Was hat all die Mühe gebracht? Was haben wir erreicht? – Unser Fazit aus diesen Stimmen: Das andere Deutschland lebt und wir werden siegen!

NATO-AUSTRITT
JA ODER NEIN?

Und so spannt sich über uns und die Demokratiebewegung, über unsere Mitsreiter und unsere Freunde in aller Welt der Goldene Bogen. Wir gehören zusammen für den Frieden, die Freiheit und die Selbstbestimmung des deutschen Volkes und aller anderen Völker in der Welt. Der Widerstand wünscht frohe Weihnachten!

3 **»AM EIGENEN LEIB«** Arzt Dr. Walter Weber über Risiken und Nebenwirkungen von echter Aufklärung

6 **JAWOLL!** Der Demokalender der Demokratiebewegung

9 **DEMO-WELLE** Panorama des Bauernprotests von Klaus Müller

12 **RÜCKBLICK** So stark waren wir dieses Jahr!

INHALT #DW159

- Die Wahrheit setzt sich durch, Seite 1
- Pfarrer Martin Michaelis wird Preisträger, Seite 2
- Dr. Werner Köhne: Die Freiheit der Melancholie, Seite 2
- Dr. Walter Weber: »Es geht auf keinen Fall um unsere Gesundheit«, Seite 3
- Der Zeitplan: Pistorius kündigt Dritten Weltkrieg an, Seite 4
- Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick, Seite 4
- Prof. Schwab: Das Bußgeld war kontraindiziert, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Seite 6
- Polizisten für Aufklärung: Würdevolle Menschen, Seite 6
- Wir werden nicht weichen!, Seite 7
- Interview mit Demokratin Colette Bornkamm-Rink, Seite 8
- DW-Verteiler werden, Seite 8
- Bestandsaufnahme, Leserbriefe, Online-Hinweise, Seite 8
- Bauern-Protest: Advent, Advent, die Ampel brennt!, Seite 9
- Interview mit Bauernsprecher Anthony Lee, Seite 10
- Motor Mittelstand: Gemeinsam sind wir stärker, Seite 10
- Interview mit Autor Gerhard Wisnewski, Seite 11
- Good luck, Selenski, Seite 11
- Das Jahr 2023 im Rückspiegel, Seiten 12, 13
- Das Letzte – von Anselm Lenz, Seite 13
- Wie kritische Künstler verfolgt werden, Seite 14
- Veranstaltungskalender, Seite 14
- Prof. Michael Meyen: Öffentlichkeit im Nebel, Seite 15
- Christen im Widerstand: Worum geht's bei Weihnachten?, Seite 15
- Sport mit Berthold: Völkerfreundschaft statt Krawall, Seite 15
- DW-Buchempfehlungen, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 159. Ausgabe ab Samstag, 23. Dezember 2023. | Redaktionsschluss war am 21. Dezember. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: *demokratischerwiderstand.de*

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand und Oskar Lafontaine, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



»Im Angesicht meiner Feinde«

Der Preis der Republik geht an Pfarrer Martin Michaelis.

LAUDATIO von Batseba N'Diaye

Es begab sich zu der Zeit, da ein Gebot vom Imperator ausging, dass alle Welt geschätzt werde und ein jeder nach Hause gehen müsse, ein jeder auf seine Couch. Da fand eine junge Familie keinen Platz in der Herberge. Diese Situation war unter Corona Realität – und der ganze deutsche Klerus spielte mit. Der ganze Klerus?

Nein! Ein paar unbeugsame Pfarrer leisteten Widerstand. Martin Michaelis war einer von ihnen. Während die Amtskirche ihre Türen von innen verriegelte, Sterbenden das letzte Geleit verweigerte, die tödliche Genspritze als »Akt der Nächstenliebe« anpries und immer neue Gebote der Obrigkeit anhimmelte, folgte er kirchenintern und öffentlich der Bibel: Kranke und Aussätzige müssen gesucht werden, Trauernde getröstet und Ängstliche geborgen werden. Weil er Kritik am Wahrheitsregime äußerte und auf Demos der Demokratiebewegung sprach, wurde er zum »umstrittenen Querdenker-Pfarrer« erklärt, seinen Kirchenämtern enthoben und verfolgt. Vor kurzem wurde bekannt, dass er bald als Gemeindepfarrer in Gatersleben in Sachsen-Anhalt arbeiten wird. Der Aufschrei ging durch die aufgehetzte Presse: Wie kann so ein Pfarrer, der die Bibel ernst nimmt, überhaupt noch arbeiten dürfen.

Der *MDR* schreibt auf seiner *Website* für sprachlich Minderbemittelte und fehlerbehaftet: »Auch heute spricht Martin Michaelis immer wieder bei Veranstaltungen von den Quer-Denkern. Manche Mitarbeiter von der EKMD (Evangelische Kirche Mitteldeutschland) wollen deshalb nicht mit ihm zusammen-arbeiten. [...] Jetzt ist heraus-gekommen: Martin Michaelis soll bald wieder als Gemeinde-Pfarrer arbeiten. Das hat Michael Lehmann gesagt. Er ist der Personal-Chef von der EKMD.«

Der *MDR* warnt also, in Gatersleben in die Kirche zu gehen. Ein Grund hinzugehen! Soviel Mut gegenüber der Obrigkeit steht der Kirche gut zu Gesicht, braucht aber Pfarrer mit Courage. Dafür, dass er sich gegen alle Widrigkeiten für die Menschen und seine Gemeinde einsetzt, verdient Martin Michaelis diesen Preis. Frohe Weihnachten!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN PFARRER MARTIN MICHAELIS. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert., Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkt, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Stefan Homburg, Olli L. .

Achtung! **WICHTIGER HINWEIS**

Dies ist die letzte Ausgabe im Jahr 2023. Ausgabe 160 erscheint mit Pauken und Trompeten am 27. Januar 2024 – also nach einer etwas längeren Pause, als Sie es von uns gewohnt sind. Nach sechs Ausgaben kehren wir zum gewohnten Rhythmus zurück– fünf Wochen Zeitung, eine Woche Redaktionspause für Recherche und Erholung.

Wir bedanken uns bei allen Leserinnen und Lesern, Abonnenten sowie den unzähligen Verteilern in ganz Deutschland, die dieses Zeitungswunder möglich machen! Merci! Danke! Thank You! Drushba! Wir wünschen ein frohes Fest, einen guten Rutsch und uns allen ein besseres Jahr 2024. – Wir sehen uns auf der Straße.

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Die Freiheit der Melancholie

EINWURF von Werner Köhne

»Du bleibst doch immer, was du bist« – So nüchtern und knapp erinnert Mephisto den Goetheschen Faust an eine schicksalhafte Unabänderlichkeit.

Früher hätte ich dem Urteil des Menschenverführers heftig widersprochen und auf ein Bob-Dylan-Zitat verwiesen: »Strike another match, go start anew«. Alles schien in den 1960er Jahren ja auf selbstoptimierende Veränderung ausgerichtet. Dagegen hätte die Einschätzung Mephistos damals wie das Festhalten an einem verstaubten Konservativismus gewirkt, den es zugunsten des gesellschaftlichen Großprojekts »Mach alles anders, vor allem verändere dich selbst«, zu überwinden galt.

Heute kommt es mir vor, als ob gerade der hektische Verlauf der letzten Jahre dem *Statement* Mephistos recht gäbe. Der Mensch lässt sich eben nicht durch einen vermeintlich neuen und planbaren Menschen überwinden. Das sei gerade den Menschenparkwächtern in Davos und im *Silicon Valley* ins Stammbuch geschrieben. Entgegen dem Zeitgeist fühle ich mich inzwischen mehr zu Mephisto hingezogen als zu den Verfechtern eines Fortschritts, der sich auf Spritzen und Masken verlässt.

Vielleicht sollte man die Bedeutungen von restaurativ und progressiv neu ausloten. Da geht ja einiges seit dem inszenierten Coronaschock durcheinander. Wie ist es etwa zu erklären, dass das »*Changing*« sich in letzter Zeit als systemkonforme Wiederkehr des Gleichen entpuppt? Alte Denkmuster helfen da nicht weiter. Wäre es heute nicht wichtig, individuelle Haltung zu bewahren, sich treu zu sein jenseits des Supermarkts kollektiver Ideen – selbst auf die Gefahr hin, dass ein solches Beharren auf Autonomie auch elegische Momente der Vergeblichkeit in Kauf nehmen muss? Sollten wir uns da nicht auch aus der Herrschaft ausschließlich diskursiv ausgetragener Wortgefechte lösen? Um den Gedanken noch weiter zu spinnen: Der Augenblick des Scheiterns ist der Augenblick, wo Leben vielleicht eher möglich erscheint – in einer Poesie der Freiheit.

Manchmal reicht ja auch stoische Ruhe aus, sich gegen die Einflüsterungen des Korrekten und des *Mainstreams* zu wappnen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Fortsetzung des Dylan-Zitats. Dem »Strike another match go start anew« folgt auf dem Fuße dies: »It's all over now, baby blue.« – Statt den Menschen in kollektive Schablonen des Fortschritts einzuhegen, sollte man in sich gelegentlich mal den *Blues* zulassen. Er reinigt Gefühle und Gedanken.

DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

• 49 (0)162 / 63 60 112

»ES GEHT AUF KEINEN FALL UM UNSERE GESUNDHEIT!«

Der Hamburger Arzt Dr. Walter Weber ist einer der mutigsten und kenntnisreichsten Aufklärer der Corona-Lüge. Der Preisträger der Republik warnt im Gespräch mit DW-Herausgeber Anselm Lenz vor einer Rückkehr der Maßnahmenhölle und des Spritzengenozids.



DW: Wollen die Verantwortlichen, jene, die diese Vorgänge auslösen, durchführen oder durchführen lassen, am Ende nicht doch nur unser aller Gesundheit, unser aller Bestes?
Walter Weber: Auf keinen Fall geht es um unsere Gesundheit. Denn wenn es um unsere Gesundheit ginge, müsste man das Immunsystem stärken. Denn evolutionär müssen wir mit den Infektionen, Viren, Bakterien, Parasiten fertigwerden. Dafür sollte man sein Immunsystem trainieren. Die ganze Vermeidung durch Masken und so weiter verschlimmert die Anfälligkeit der Bevölkerung. Das ist langfristig vorbereitet worden. Alle Maßnahmen der Regierung, Lockdown, Abstand und so weiter, verschlechtern unsere Gesundheit. Ich staune, wie viele Kollegen da mitmachen können. Sie sind schlicht und einfach nicht gut informiert.

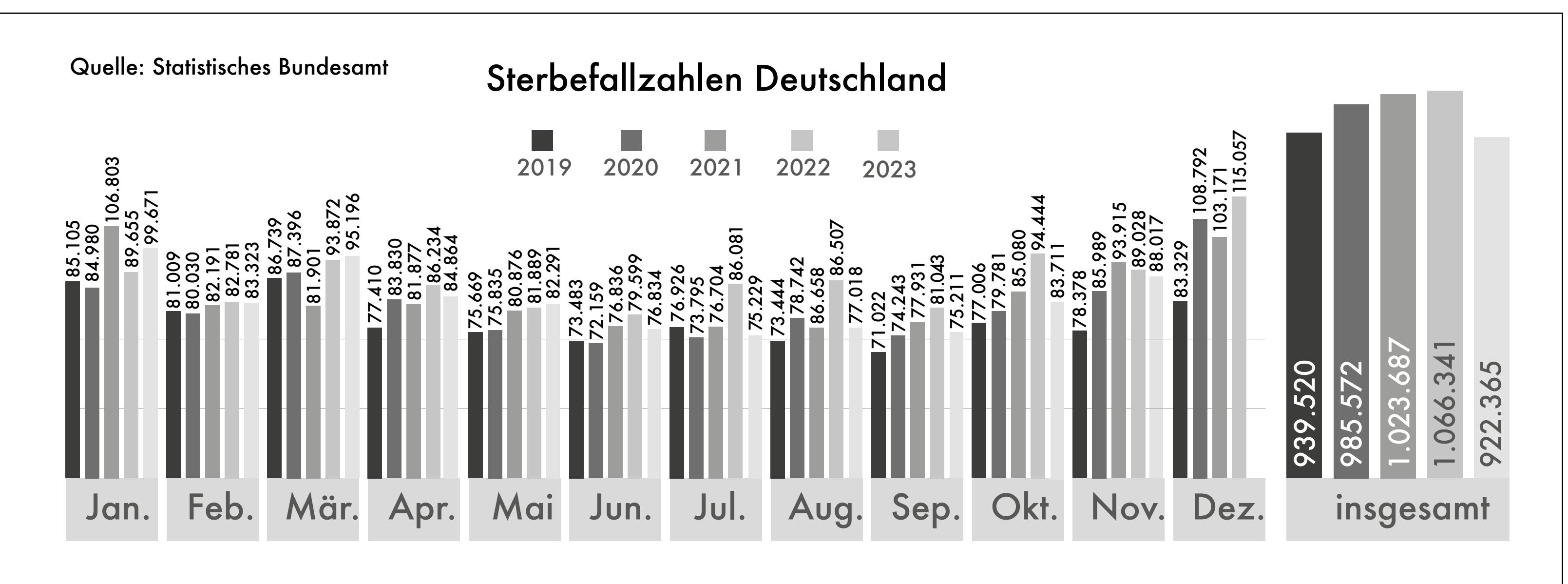
DW: Herr Dr. Walter Weber, Sie haben eine Aufklärungsorganisation mitgegründet, die Ärzte für Aufklärung. Was sagen Sie und Ihre Kollegen zur möglichen neuen Lockdown-Kampagne?
Weber: Wir versuchen natürlich, die Sache rational anzugehen und nicht in eine emotionale Situation zu verfallen. Dazu gehört auch, dass wir uns nicht nur mit Gesundheit, sondern auch mit gesellschaftlichen Zusammenhängen beschäftigen müssen. Wir haben eine Gesundheitskrise, wir haben eine Migrationskrise, eine Energiekrise, eine Euro-Währungskrise, eine Bildungskrise und so weiter. Man kommt nicht umhin, sich gesamtgesellschaftlich damit zu beschäftigen, was ist. Aufklärung tut Not! Zu unserer Freude stellen wir fest, dass die Leute doch ein bisschen was kapiert haben. In Umfragen sagen 70 Prozent, sie lassen sich nicht mehr impfen. Wie es dann ist, wenn der nächste berühmte Killervirus ausgerufen wird, weiß ich nicht. Außerdem ist das Misstrauen gegen die Regierung auf 80 Prozent gestiegen. Ich hoffe also auch, dass ein Misstrauen gegen diese sogenannten Gesundheitsmaßnahmen erfolgen wird, und dass damit unsere Aufgabe der Aufklärung allmählich Früchte trägt. Sie machen ja genauso Aufklärung mit Ihrer Zeitung.

DW: Können wir Ausnahmezustand und Maßnahmenregime durch Wahlen verhindern?
Weber: Wir sehen zur Zeit eine Querfront der Parteien außer der AfD. Es ist auch gleichgültig, ob die Parteien von CDU, CSU, SPD, FDP, Bündnisgrünen an der Regierung sind oder auch nicht. Manche Leute sagen, über den Bundestag können wir überhaupt nichts mehr ändern, weil die, die oben im Bundestag angekommen sind, durch eine Mühle gegangen sind. Die haben dabei vergessen, worum es eigentlich geht, weil sie sich Mehrheiten verschaffen müssen. Wer oben angekommen ist, ist der Beste im Mehrheiten verschaffen, aber sicher nicht der Beste im Ideen ausarbeiten. Gerade oben bräuchten wir Kreative und Querdenker. Die werden alle vorher aussortiert, die kommen oben gar nicht mehr an. Vielleicht kann man dadurch etwas richten, dass man mehr über Direktmandante erzielt, also dass Leute gar nicht mehr an Parteidisziplin gebunden sind.

DW: Das Modell der »SmartCity« kursiert seit etwa anderthalb Jahrzehnten. Sie sagen, diese digitale 15-Minuten-Stadt klingt zwar gut, sei aber im Grunde ein Freiluftgefängnis. Ist das richtig?
Weber: Ja, es ist ein 15-Minuten-Gefängis. Sie müssen einen digitalen Impfpass haben, um da überhaupt rauszukommen. In Oxford wurde das versucht und so weit ich weiß, hat die Bevölkerung diesen Versuch vereitelt.

DW: Das Argument jener, die sich nicht auflehnen wollen, ist immer wieder, sie hätten nichts zu verbergen. Man habe also im eigenen Verhalten keine oder nur geringste Mängel aus Sicht der Macht, die die Bewertung vornimmt und mit der man gefallen möchte. Warum ist das »ich habe ja nichts zu verbergen« aus Ihrer Sicht vermutlich ein schlechtes Argument?
Weber: Wir haben ein Regierungsnarrativ. Sobald ich mit dem nicht übereinstimme, kann der Staatsapparat tätig werden. Ich habe es am eigenen Leibe erlebt. Ich stimme nicht überein in einigen Angelegenheiten und habe zwei Hausdurchsuchungen erlebt. Alle Ärzte, die zum Beispiel Maskenatteste aufgeschrieben haben, haben Hausdurchsuchungen (und Schlimmeres; red.) erlebt.

Das insgesamt 60-minütige Gespräch fand im Zuge der Reihe »Apolut im Gespräch« auf der Journalistenplattform apolut.net statt und wurde dort am 17. Dezember 2023 erstveröffentlicht.



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

WARNUNG VOR ELEKTRONISCHER PATIENTENAKTE

Düsseldorf/DW. Am 14. Dezember wurden im Bundestag mit der Regierungsmehrheit von SPD, Grünen und FDP das Digital- und das Gesundheitsdatennutzungsgesetz beschlossen. Die Union, einmal mehr Scheinopposition, enthielt sich, die AfD lehnte beide Gesetze ab. Das Digitalgesetz führt das sogenannte E-Rezept per *Smartphone* ab 2024 als verbindlichen Standard ein. Ab 2025 erhalten zudem alle gesetzlich Krankenversicherten eine elektronische Patientenakte (ePA). Allgemeinmediziner Ralf Tillenburg, der im DW-Interview (Ausgabe 158) über Genimpfungsschäden aufklärte, sieht die ePA sehr kritisch, er befürchtet Zugriffe der Pharmaindustrie auf die Daten. Sein Rat: Widerspruch einlegen! (kmü)

ERNEUT PROFI-FUSSBALLER KOLLABIERT

Bournemouth/DW. Es ist längst das »neue Normal«: Am 16. Dezember wurde in der englischen Premier League die Partie Bournemouth gegen Luton Town in der 60. Minute abgebrochen, nachdem Luton-Verteidiger Tom Lockyer fernab vom Spielgeschehen mit einem Herzstillstand zusammengesackt war. Sein Verein gab inzwischen Entwarnung: Er sei stabil. Für den 29-Jährigen war es der zweite Zusammenbruch. Schon im Mai war er während eines Spiels kollabiert, unterzog sich im danach einer Herzoperation. (kmü)

INSPEKTION BEI MODERNA

Norwood/DW. Wie der Wissenschafts- und Politik-Blog *tkp.at* berichtet, wurden in der Produktionshalle von Moderna schwerwiegende Qualitätsmängel festgestellt. Demnach hatte die US-Gesundheitsbehörde FDA im September in der Moderna-Anlage, in der auch die Covid-Injektionen hergestellt werden, eine Inspektion durchgeführt. Einer von mehreren Kritikpunkten: Moderna habe acht Chargen des mRNA-Stoffes freigegeben, die mit Geräten produziert wurden, die die Reinigungsprüfungen des Unternehmens nicht bestanden hatten. (kmü)

VORWÜRFE GEGEN PAUL-EHRLICH-INSTITUT

Berlin/DW. Wie *tkp.at* berichtet, hatte der Medizinische Behandlungsverbund (MBV) Anfang Dezember die Hausärzte vor Haftungsfolgen aufgrund der DNA-Verunreinigungen der mRNA-Stoffe gewarnt. Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) behauptete daraufhin, die Warnungen seien falsch, was der Ärzte- und Wissenschaftler-Verband MWGFD als unzutreffend kritisierte. Der MBV erhebt nun schwere Vorwürfe gegen das PEI, weist etwa darauf hin, dass PEI-Präsident Klaus Cichutek in den 90er-Jahren die Gefahren von Gentherapien (u.a. ein erhöhtes Krebsrisiko) detailliert beschrieben habe. Der MBV fordert deshalb Erklärungen, aber das PEI verweigert bis dato jede Auskunft. (kmü)



Demokratin am 19. Dezember 2023 in Erlangen. Foto: Telegram/DW

DER ZEITPLAN

Noch fünf bis acht Jahre bis zum Dritten Weltkrieg. Über die Pläne von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius | Von Hendrik Sodenkamp

»Wir Europäer müssen unser Engagement hochfahren, um die Sicherheit auf unserem Kontinent zu gewährleisten«, so der Bundeskriegsminister Boris Pistorius (SPD) in einem Interview mit dem Nato-Blatt *Welt am Sonntag*, das am 17. Dezember 2023 erschien.

Zum dritten Advent kündigte er den Dritten Weltkrieg an, der bald vom Zaun gebrochen werden müsse. Dafür müsse außerdem die deutsche Rüstungsindustrie hochgefahren, aber auch die deutsche Gesellschaft militarisiert werden: »Wir haben jetzt ungefähr fünf bis acht Jahre, in denen wir aufholen müssen – sowohl bei den Streitkräften als auch in der Industrie und in der Gesellschaft«. Wer in »fünf bis acht Jahren« dann wen angreift, wollte er noch nicht bekanntgeben, aber man kann davon ausgehen, dass es in wenigen Jahren wieder heißen wird: »Seit heute Morgen wird jetzt *zurück*geschossen«.

WER HAT ANGEFANGEN?

So wird bereits jetzt argumentiert: Der Russe rüste auf, dann müssen es auch die Deutschen tun. Dass Deutschland mit seinem fantastischen Sondervermögen von 100 Milliarden Euro bereits im Frühjahr 2022 ein in der Geschichte der Bundesrepublik einmaliges Aufrüstungsprogramm begann, dass mit einer zusätzlichen Steigerung des Militäretats einherging (Zwei-Prozent-Forderung der Nato), verschweigt Boris Pistorius natürlich. Das Baltikum, Georgien und Moldau stünden quasi kurz vor der Invasion: »Das ist nicht nur Säbelrasseln« aus dem Kreml, so Pistorius an gleicher Stelle und räsoniert darüber, die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen.

Für deren Aussetzen zum 1. Januar 2011 habe es »seinerzeit Gründe gegeben«, so Boris, »rückblickend war es aber ein Fehler«. Weil es aber »strukturell, verfassungsrechtlich und politisch schwierig« sei, diese wieder einzuführen, plädiert er für »das schwedische Modell«. »Dort werden alle jungen Frauen und Männer gemustert und nur ein ausgewählter Teil von ihnen leistet am Ende den Grundwehrdienst«. Männer und Frauen an die Front, also. Um die Kinder kümmert sich dann die SPD.

Die Äußerungen des bereits in der Vergangenheit auffällig gewordenen Kriegsministers Pistorius fallen in die Zeit der Ausarbeitung des neuen Bundeshaushaltes, wo massive Sozialkürzungen beschlossen wurden. Während Bauern auf die Straße gehen, weil ihre Betriebe durch die Pläne der Bundesregierung vor der Pleite stehen (Seiten 9 und 10) und immer mehr Unternehmen wegen der bewusst hohen Energiepreise ins Ausland abwandern, soll an der Kriegsindustrie nicht gespart werden. Im Gegenteil.

Die »Gesellschaft fit für den Krieg« machen, wird auch bedeuten, dass die Bundesregierung noch stärker gegen jene interne Opposition vorgehen wird, die sich der Kriegspropaganda der eigenen Regierung verweigert und damit zum wehrkraftzersetzenden »Agenten Putins« erklärt wird. Auch eine verstärkte Zensur der freien Presse ist zu erwarten, die im Fall der russischen Auslandswelle *RT* bereits zum gänzlichen Verbot führte.

Um den geplanten Weltkrieg zu verhindern, so sagen es deutsche Oppositionelle aus der Friedensbewegung, haben wir keine fünf bis acht Jahre. Bevor die Kriegsindustrie gar nicht mehr aufzuhalten ist, müssen wir jetzt aktiv werden.

Wie schön, dass jetzt erst mal Weihnachten ist

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, kurz vorm Jahresende möchte ich an dieser Stelle der Noch-Bundesregierung und der Schein-Opposition um Friedrich »BlackRock« Merz meine tiefste Verachtung aussprechen. Sie verfolgen eine demokratie- und menschenfeindliche Agenda und setzen diese sehr gewissenhaft Stück für Stück um. Einem Ziel kommen sie immer näher: Laut einer aktuellen Allensbach-Umfrage glauben nur noch 40 Prozent der Deutschen, frei reden zu können. Das ist der schlechteste Wert seit 70 Jahren. Der Glückwunsch geht an dieser Stelle natürlich insbesondere an Geheimdienstchef Thomas Haldenwang und Innenministerin Nancy Faeser. Amüsanter Fakt am Rande: Nur die Anhänger der Grünen sind noch von der Meinungsfreiheit überzeugt.

Bild-Chefredakteurin Marion Horn erklärte derweil am 15. Dezember, dass sie sich vor der Ampel fürchte: »Diese Regierung macht mir Angst«, schrieb sie in einem Kommentar. Was für ein peinliches *Statement*. War es früher nicht so, dass die Mächtigen Angst vor den Medien haben mussten? Verdammt lang ist es her. Ach, würden die Konzernmedien doch bloß endlich ihre Arbeit machen. Anfangen müssten sie mit der Aufarbeitung ihres eigenen Versagens in den vergangenen vier Jahren. Doch wer darauf hofft, kann lange warten. *Bild* & Co dienen – welch Überraschung – denjenigen, die sie bezahlen.

Was mir aufgefallen ist: Die *Bild*-Redaktion verharrt derzeit offenbar in einer Schockstarre. Hier nur ein paar Schlagzeilen der vergangenen Tage: »Schock-Berechnung: Kostet das Heiz-Gesetz mehr als 1.000 Milliarden Euro?«, »Schock bei Depeche-Mode-Konzert«, »Hessen: Schock kurz vor Weihnachten! Figuren in der Krippe geköpft«, »Schock-Verletzung beim BVB«, »Kohlenmonoxid-Schock: Feuerwehr rettet 12 Mieter vor Gas-Tod«, »Schock-Fund in Hamburg«, »Schock-Nachricht um Schiri-Prügler«, »Schock für Supermärkte: 4 Prozent weniger Umsatz durch SB-Kassen«... Sind die eigentlich noch ganz dicht? Schlimmer geht's kaum noch.

Oder vielleicht doch? Die »Alpenprawda hat zugeschlagen«, schrieb *Preis-der-Republik*-Träger Professor Stefan Homburg am 15. Dezember auf X. Der Grund für seinen Beitrag ist eine erneute Hetzkampagne der *Süddeutschen Zeitung*. Was vor wenigen Monaten bei Hubert Aiwanger (Freie Wähler) schon nicht klappte, soll jetzt bei Alice Weidel gelingen. Dummdreist nennt man das wohl. Die AfD-Chefin sieht sich mit Plagiatsvorwürfen konfrontiert. Sie soll Teile ihrer Dissertation abgeschrieben haben. Einer der angeblich ohne Quellenangabe zitierten Wissenschaftler ist Stefan Homburg und der kann die ganze Aufregung nicht nachvollziehen. »Die Vorwürfe stützen sich auf ein anonymes Papier, dessen Autoren Geld von einem anonymen Finanzier erhielten. Das Papier liegt mir vor und ist urkomisch.« An den Vorwürfen



Wir kämpfen nicht nur für uns selbst: Teilnehmerin am 16. Dezember 2023 auf einer Demonstration in Kassel. Foto: Georgi Belickin/DW

sei »nichts dran«, vielmehr sei es eine »Schmutzkampagne sondergleichen«. Weidel habe geläufige Fachausdrücke verwendet, also Begriffe, die Homburg nach eigener Aussage »nicht erfunden« habe. Tja, einmal mehr viel heiße Luft um nichts. Die Konzernmedien unternehmen wirklich alles, um das Altparteienkartell zu schützen. Und wenn das alles nicht hilft, kommt ja vielleicht doch irgendwann noch das AfD-Verbot. Die *Frankfurter Rundschau* titelte am 17. Dezember: »Löst ein AfD-Verbot das deutsche Rechtsextremismus-Problem?« Da kann man sich nur noch an den Kopf fassen. Aber sollen sie die Partei doch verbieten. Ich glaube, spätestens dann wird's richtig lustig in unserem Land. Immerhin sehen aktuelle Umfragen die AfD derzeit bereits bei 23 Prozent, Tendenz klar steigend.

Irre auch, was sich Mitte Dezember im fränkischen Bamberg abspielte: Dort trat die Heavy-Metal-Band Craving im Jugendzentrum (JUZ) der Stadt auf. Das Konzert war Teil eines *Workshops* zum Thema »Musik für echte Männer?!«. Alles lief rund, bis plötzlich der JUZ-Leiter den Stecker zog. Der Grund: Nippelalarm! Einer der Musiker hatte sein T-Shirt ausgezogen und plötzlich oben ohne auf der Bühne gestanden. Skandal! Der Pädagoge fühlte sich veranlasst, das Hausrecht durchsetzen zu müssen, weil er das ausgezogene T-Shirt als Provokation einstufte, es sei ein Zeichen männlicher Dominanz gewesen. Konzertbesucher hätten sich unwohl fühlen können. Auweia! Ich habe es schon öfter in diesem Wochenrückblick geschrieben – zum Jahresende einmal mehr: So einen Schwachsinn kann man sich nicht ausdenken! Wie schön, dass jetzt erst mal Weihnachten ist. Ihnen, liebe Leser, wünsche ich ein frohes Fest und einen guten Rutsch ins neue Jahr!


Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



Rund 10.000 Demonstranten in Karlsruhe machten am 12. Dezember 2023 klar, wer hier auf der Anklagebank sitzen müsste. Foto: Georgi Belickin/DW



DAS BUßGELD WAR KONTRAINDIZIERT

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. Martin Schwab

Seit dem 31. Dezember 2022 ist die COVID-Impfnachweispflicht im Gesundheitswesen außer Kraft. Trotzdem werden angebliche Verstöße von den Behörden nach wie vor ebenso unverdrossen wie unnachgiebig verfolgt. Zum Glück kommen sie damit nicht immer durch. Ein Prozessbericht.

Am 12. Dezember 2023 verteidigte ich vor dem Amtsgericht Wildeshausen eine Beschäftigte im Gesundheitswesen, die ein Bußgeld dafür zahlen sollte, dass sie im Jahr 2022 ohne Corona-Spritze zur Arbeit erschienen war.

Meine Mandantin arbeitet auf Minijob-Basis in einer Einrichtung des betreuten Wohnens für Senioren. Unter keinen Umständen wäre sie bereit gewesen, sich den Risiken einer COVID-Injektion auszusetzen. Eher hätte sie ihren Job hingeschmissen. Dies teilte sie auch ihrem Arbeitgeber mit, der sie allerdings unter keinen Umständen gehen lassen wollte.

Gegenüber dem Gesundheitsamt erklärte der Arbeitgeber meine Mandantin für unabkömmlich. Von einem Betretungsverbot (Paragraph 20a Abs. 5 IfSG in der damaligen Fassung) wurde daher abgesehen. Meine Mandantin durfte also ohne Spritze arbeiten. Und jetzt sollte sie ein Bußgeld zahlen mit der Begründung, sie hätte ohne Spritze nicht zur Arbeit gehen dürfen. Das übliche Spiel.

Meine Mandantin hat zwei Kinder, die beide die Masernimpfung nicht vertragen haben: Eines litt danach an Krampfanfällen, von denen es sich zum Glück wieder erholte. Das andere Kind ist sei der Masernimpfung autistisch. Bis heute. U.a. wegen dieser familiären Vorbelastung bescheinigte der Hausarzt meiner Mandantin eine Kontraindikation gegen die Corona-Spritze.

Ihrem Arbeitgeber hatte meine Mandantin die Kontraindikation frühzeitig mitgeteilt. Als das Gesundheitsamt an den Arbeitgeber herantrat, war dieser sich nicht sicher, ob meine Mandantin trotz Kontraindikation gemeldet werden musste. Eine Mitarbeiterin äußerte gegenüber der Vorgesetzten meiner Mandantin, auch Beschäftigte mit Kontraindikation müssten gemeldet werden. So geschah es.

Als sich meine Mandantin dann gegenüber dem Gesundheitsamt auf ihre Kontraindikation berief, erwiderte dieses, diese Kontraindikation werde nicht anerkannt, da der Arbeitgeber meine Mandantin ja trotzdem gemeldet habe. Der Vorgesetzten meiner Mandantin wurde auf diese Weise das Wort im Munde verdreht. Und als die Vorgesetzte daraufhin nochmal beim Gesundheitsamt anrief, um dies klarzustellen, bekam sie am anderen Ende der Leitung zu hören, man beabsichtige, an meiner Mandantin ein Exempel zu statuieren. Wohlgemerkt datiert dieses Telefonat vom 1. November 2022. Als der Spuk sowieso schon fast vorbei war.

Meine Mandantin regte mehrfach an, das Gesundheitsamt solle über ihre Kontraindikation ein amtsärztliches Gutachten einholen, wenn es die hausärztliche Bescheinigung anzweifle. Das Gesundheitsamt ging darauf nicht ein. Vor Gericht war meine Mandantin sehr aufgeregt und bat mich, das Vorstehende an ihrer Stelle als Einlassung zur Sache vorzutragen. Dieser Bitte kam ich selbstverständlich nach und stellte zudem Beweisanträge sowohl zur Kontraindikation als auch zum Inhalt der Gespräche zwischen dem Gesundheitsamt und der Vorgesetzten meiner Mandantin.

Die Richterin stellte an meine Mandantin Rückfragen zur Masernimpfung beider Kinder und fragte dabei u.a., ob die Impfkomplikationen beim Gesundheitsamt gemeldet worden seien. Als meine Mandantin dies verneinte, gab ihr die Richterin den Rat, die Meldung zur Vermeidung von späteren Nachteilen bei der Rente nachzuholen.

Dann wandte sich die Richterin an mich und bemerkte, ich hätte mich gar nicht so aufwendig auf die Verhandlung vorbereiten müssen: »Das Gericht beabsichtigt, das Verfahren aufgrund des Akteninhalts nach Paragraph 47 Abs. 2 OWiG einzustellen.« Meine Erwiderung: »Dafür bin ich sehr dankbar.« Die Einstellung des Verfahrens wurde daraufhin beschlossen und verkündet. Die ganze Verhandlung hatte gerade einmal zehn Minuten gedauert. Meine Mandantin muss also nichts bezahlen.

Was genau die Richterin dazu bewogen hat, das Verfahren einzustellen, blieb letztlich offen, weil die Richterin ihren Entschluss nicht begründete (und dazu auch nicht verpflichtet war). Ich könnte mir aber vorstellen, dass sie über die nachlässige Ermittlung des Sachverhalts durch das Gesundheitsamt nicht begeistert war: Warum sollte ausgerechnet sie etwaige Zweifel an der Kontraindikation aufklären, wenn das Gesundheitsamt zuvor eben diese Aufklärung hartnäckig verweigert hatte?

Interessant an diesem Verfahren war – wieder einmal – die menschliche Komponente. Finanziell wäre das Bußgeld für meine Mandantin verkraftbar gewesen. Aber das Gefühl, wie eine Gesetzlose behandelt zu werden (meine Mandantin sprach nach der Verhandlung, als wir das Gerichtsgebäude schon wieder verlassen hatten, von einer »Hexenjagd«), hatte ihr schwer zugesetzt.

Sie ist, und zwar zu Recht, nicht damit klargekommen, dass sie allein deswegen verfolgt wurde, weil sie sich gegen eine staatlich verordnete Fremdverfügung über ihren eigenen Körper gewehrt hatte. Umso größer war nach dem Prozess die Erleichterung.

MELDUNG

VERTRAUEN IN DEN KANZLER KAUM NOCH VORHANDEN

Berlin/DW. Laut einer aktuellen Forsa-Umfrage für RTL/ntv haben nur noch 20 Prozent der Deutschen großes Vertrauen in das Amt des Bundeskanzlers. Ende 2020 hatte der Wert noch bei 75 Prozent gelegen. Auch das Vertrauen in die Bundesregierung ist drastisch eingebrochen: Es sank von 63 Prozent auf 21 Prozent. Der enorme Vertrauensverlust kommt nicht von ungefähr: Immer mehr Menschen merken, dass die Politik nicht für, sondern gegen das eigene Volk agiert. (kmü)

AFD STELLT ERSTMALS OBERBÜRGERMEISTER

Pirna/DW. Im thüringischen Sonneberg stellt die AfD bereits einen Landrat, in Raguhn-Jeßnitz (Sachsen-Anhalt) einen hauptamtlichen Bürgermeister (DW berichtete) und nun im sächsischen Pirna auch erstmals einen Oberbürgermeister. Der 53-jährige Tischlermeister Tim Lochner war bei der Wahl als Parteiloser für die AfD angetreten – und siegte am 17. Dezember im zweiten Wahlgang mit 38,54 Prozent der Stimmen vor CDU-Kandidatin Dollinger-Knuth (31,39 Prozent). AfD-Chefin Alice Weidel sprach von einem »historischen Erfolg«. In einem Interview mit *Junge Freiheit* kündigte Lochner seine erste Amtshandlung an: Er werde das kostenlose Parken für E-Autos abschaffen. (kmü)

CDU/CSU NUR SCHEIN-OPPOSITION

Berlin/DW. Am 15. Dezember kam es im Deutschen Bundestag zu einer Abstimmung über einen »Antrag der AfD mit Aufforderung zur Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht gegen den Haushalt 2023«. Dabei stimmten die 64 anwesenden AfD-Abgeordneten geschlossen dafür, aus der Union gab es jedoch keine einzige Stimme für den Antrag. »So wird es für diesen Haushalt 2023, der u.a. wegen der rückwirkend erklärten ›Notsituation‹ (!) ganz eindeutig verfassungswidrig ist, wohl keinen Kläger in Karlsruhe geben, so dass dieser milliardenschwere Verfassungsbruch ungesühnt durchgehen wird«, bilanzierte Peter Boehringer, Haushaltsexperte der AfD, auf Facebook. (kmü)

JULIAN ASSANGE: GERICHTSTERMIN STEHT

London/DW. Der letzte Berufungsprozess von WikiLeaks-Gründer Julian Assange vor dem britischen High Court findet am 20. und 21. Februar 2024 statt. Dieser könnte die letzte Chance für ihn sein, seine Auslieferung in die USA zu verhindern. Anderenfalls drohen ihm 175 Jahre Haftstrafe wegen Aufdeckung von Kriegsverbrechen, die von den Vereinigten Staaten im Afghanistan- und Irankrieg begangen wurden. Weltweit sind unterstützende Proteste angekündigt. Assange wurde am 11. April 2019 unrechtmäßig festgenommen, sitzt seitdem im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh. (kmü)

Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Berramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen-Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
EDMONTON - CA: Wednesday 10.00 • The Sun • Alberta Rising Online
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 Wolfsb. • Nachr. Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

ALSENZ, 18 Uhr, am Marktplatz – ALTENHUNDEM, 19 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – BAD BERGZABERN, 18:30 Uhr, am Schloss – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CADOLZBURG, 18 Uhr, am Rathaus – CRIMMITSCHAU, 18 Uhr, am Markt – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EHRENFRIEDERSDORF, 19 Uhr, am Markt – ENDINGEN AM KAISERSTUHL, 19 Uhr, am Rathaus – FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus – FRÄNKISCH-CRUMBACH, 18 Uhr, am Rathaus – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HARSEWINKEL, 18 Uhr, am Rathaus – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – HAUENSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – KIEFERSFELDEN, 18 Uhr, am Rathaus – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – LAUENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – PAUNZHAUSEN, 19 Uhr, am Rathaus – Perleberg, 18 Uhr, Großer Markt – RECHBERGHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – RIPPOLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – SCHARBEUTZ, 18 Uhr, am Seebrückenplatz – SCHWARZENBEK, 17:30 Uhr, am Rathaus – TANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Rathaus – UNTERGRUPPENBACH, 18 Uhr, Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Termin	Ort	Art
Sa, 23.12.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 23.12.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 23.12.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 23.12.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 23.12.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 23.12.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 23.12.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 23.12.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 24.12.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 25.12.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 25.12.2023 19-20 Uhr	Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee-am-Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 25.12.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 25.12.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 25.12.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 25.12.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr. 13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 25.12.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 25.12.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 25.12.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilianstraße 26	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-19:30 Uhr	München, Stachus	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 25.12.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 25.12.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 25.12.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 25.12.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 25.12.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 25.12.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 25.12.2023 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 25.12.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 26.12.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 26.12.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 26.12.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 26.12.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 26.12.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 27.12.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 27.12.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 27.12.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 27.12.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 27.12.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 27.12.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 27.12.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 27.12.2023 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 27.12.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 27.12.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 28.12.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 28.12.2023 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 28.12.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 28.12.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 28.12.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 28.12.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 28.12.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 28.12.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 28.12.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 28.12.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 29.12.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 30.12.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 30.12.2023 11-16:50 Uhr	Berlin, P&R Pankow-Heinersdorf	Autokorso
Sa, 30.12.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 30.12.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 30.12.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 30.12.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 30.12.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 30.12.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 30.12.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mo, 1.1.2024 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mi, 3.1.2024 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Sa, 6.1.2024 11-13 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN



WÜRDEVOLLE MENSCHEN

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Thomas Willi Völzke

Es ist der erste Termin der 77-jährigen bei einem Hörgeräteakustiker. Die Anzeichen, dass sie mit dem Älterwerden schlechter hört, sind zu deutlich.

Im Geschäft wird sie von einer jungen Frau freundlich empfangen. Entgegen der Erwartungen beginnt diese nicht gleich mit den Messungen zur Ermittlung der Hörkurven, sondern spricht erst einmal in Ruhe mit ihr: Was bedeutet Hörverlust, wie wird jetzt weiter vorgegangen, was können Hörgeräte leisten und wo sind deren Grenzen, was bedeutet das Tragen im Alltag, wie müssen die Hörhilfen gepflegt werden, was muss jetzt getan werden für deren Auswahl und Anpassung und so weiter. Die Hörgeräteakustikerin schafft es, ein Gefühl von Zeit und Geborgenheit zu vermitteln.

Wir waren zwei Tage in einem Hotel im Harz. Zum Frühstück bediente uns eine elegant wirkende Frau, die schon deutlich über 60 Jahre war. Sie war umsichtig und höflich und führte mit uns ein kurzes Gespräch. Sie plagten in der Nacht Zahnschmerzen. Sie sei aber erst einmal zur Arbeit gekommen, da das Hotel gut besucht sei. Vielleicht bekäme sie im Laufe des Tages einen Termin beim Zahnarzt. Zum Mittagstisch war die Bedienung immer noch anwesend, versah ihre Arbeit weiter mit Sorgfalt und Freundlichkeit. Der Zahn schmerze noch, aber sie habe zu 16 Uhr den Termin beim Doktor. Bis dahin sei sie für die Gäste da.

Die kostenlosen Ortszeitungen wurden früher von Schülern ausgetragen und in die Briefkästen gesteckt. Heute sind es meist Ältere, die diese Arbeit verrichten. Der Blickpunkt wird uns gebracht von einem rund 75-jährigen Mann. Einen Handkarren voll mit Zeitungen hinter sich herziehend geht er durch die Straßen der Gemeinde. Das Gehen scheint dem Rentner schwer zu fallen. Ursache hierfür könnte ein Hüftschaden sein. Dennoch ist in seinem Gesicht immer ein Lächeln. Es gelingt stets, auch mit ihm einige Worte zu wechseln. Ja, sagt er, ihm ginge es gut und der kleine Zuverdienst sei in dieser Zeit genau richtig, damit er sich noch ein paar Dinge leisten könne.

Es sind Menschen wie der Monteur, der die Heizung mit sichtlicher Freude wartet, der Kfz-Mechaniker, der seine Werkstatt alleine betreibt und für eine kleine Reparatur am Wagen zwischendurch Zeit hat, die Arzthelferin, die in der vollen Praxis lächelnd die Übersicht bewahrt, die Alltagsbegleiterin, die mit jedem Kontakt Herzenswärme ausstrahlt und natürlich die oben benannten, die beeindrucken. Alle strahlen, ohne je eine Auszeichnung zu erhalten, mit ihrer Arbeit Würde aus. Danke!

Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere Texte finden Sie unter www.echte-polizisten.de



WIR WERDEN NICHT WEICHEN!

Die Demokratiebewegung machte auch in diesem Jahr klar, dass sie nicht verschwinden wird | Von Batseba N'Diaye



Zum dritten Jahrestag der Demokratiebewegung, dem 28. März, kamen auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz Tausende zusammen, um ein kraftvolles Zeichen zu setzen. Die DW-Herausgeber Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp trugen einen Gedenkkranz bis zum Bundestag, wo feierlich der Totgespritzten und der auf den Demonstrationen in »Polizeimaßnahmen« Verstorbenen gedacht wurde.

Am 5. August 2023 machten sich dann Zehntausende auf den Weg in die Hauptstadt, um klarzumachen, dass diese Friedens- und Demokratiebewegung erst verschwinden wird, wenn sowohl die Coronazeit aufgearbeitet wurde und auch der 5-Punkte-Plan (Seite 3, unten links) erfüllt ist.

Am 3. Oktober 2023, dem Tag der Deutschen Einheit, zog es wiederum Zehntausende nach Berlin in den Lustgarten, um der Regierung klarzumachen: »Es reicht!« Immer mehr Menschen haben schlicht die Faxen dicke vom Corona-Nato-Kriegs- und Verarmungsregime und nahmen die teils über 1.000 Kilometer weite Anfahrt auf sich, um der Regierung die Rote Karte zu zeigen.

Am 10. Dezember 2023 ging es dann in den Südwesten nach Karlsruhe, wo Strafanzeigen gegen die Verantwortlichen der sogenannten einrichtungsbezogenen Impfpflicht und der »Duldungspflicht«, der Spritze für Soldaten, eingereicht wurden. Ob die Klagen bei diesem Apparat erfolgreich sein werden, kann bezweifelt werden.

Ja, die Demokratiebewegung bleibt stabil und riesengroß. Auch in 2023 fanden in sämtlichen Regionen unseres Landes täglich Demonstrationen und Spaziergänge statt, wobei die Ostdeutschen besonders aktiv und kräftig in ihrem Widerstand waren. Das kommende Jahr wird spannend und entscheidend. Und wir werden da sein. – Am 30. März 2024 feiern wir den vierten Geburtstag wieder auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin!





Oben: Am 25. März 2023 auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz. Es ist der dritte Jahrestag der Demokratiebewegung. | Mitte (links): Michael Ballweg am 5. August 2023 vor dem Brandenburger Tor nur wenige Wochen nachdem er nach neunmonatiger Haft ohne Anklage aus Stammheim entlassen worden war. | Mitte (rechts): Tag der deutschen Einheit im Lustgarten. 10.000 Demokraten sagen: Es reicht! | Unten: Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschheit. 10.000 kommen nach Karlsruhe, um Strafanzeige gegen die Verantwortliche zu stellen. Fotos: Georgi Belickin

ZITAT DER WOCHE



Foto: Commons

»Was ist denn eigentlich die Entstehungsgeschichte von Corona?
Warum war das eigentlich so hochansteckend?
Warum wurde da so ein riesiges Schneeballsystem entwickelt?
Und warum waren plötzlich die Impfstoffe so schnell parat?
Hier wurde etwas generalstabsmäßig vorbereitet.«

AfD-Chefin Alice Weidel im Interview mit Stefan Magnet (Auf1) am 14. Dezember 2023



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

»Ich möchte ein Sprachrohr für die Menschen sein«

Colette Bornkamm-Rink hält beeindruckende Demo-Reden und gilt deshalb bereits als »Stimme des Ostens« | Interview von Klaus Müller

DW: Colette, bitte stellen Sie sich kurz vor.
Colette Bornkamm-Rink: Ich bin 51, komme aus Aschersleben, habe einst Politikwissenschaften, Psychologie und Soziologie studiert und war viele Jahre als Selbstständige im Einzelhandel tätig, hatte zwei Klamottenläden. Ich war schon immer ein politisch interessierter Mensch, bin 1989 vor der Wende erstmals auf die Straße gegangen.

DW: Mit Erfolg.
C.B.-R.: Wir haben uns damals von einem menschenfeindlichen System befreit, auch wenn es manchmal so dargestellt wird, als wäre die Mauer nur gefallen, weil es einen politischen *Deal* gab. Das ist Schwachsinn. Warum sonst landeten Mitstreiter von mir damals im Gefängnis? Das Volk hat die Wende herbeigeführt.

DW: Ist die Geschichte der Grund dafür, warum die Ostdeutschen aktiver im Widerstand unterwegs sind?
C.B.-R.: Ja, wir haben das, was seit einigen Jahren passiert, alles schon in der ehemaligen DDR erlebt und deshalb feinere Sensoren für derartige Entwicklungen. Man kann es mit einer schlimmen Erkrankung vergleichen, die man überstanden hat: Kehrt sie zurück, spürt man das aufgrund der Symptome sofort. Hatte man sie noch nie, weiß man nicht, was mit einem passiert. Deshalb mache ich den Westdeutschen keinen Vorwurf. Gehirnwäsche ist sehr perfide.

DW: Sie sind während der *Fake*-Pandemie relativ spät als Rednerin aktiv geworden. Wie kam es dazu?
C.B.-R.: Ich wollte schon früher ans Rednerpult, konnte es aber aus familiären Gründen nicht. Los ging es im Herbst 2022. Dabei spielte meine Oma eine entscheidende Rolle. Sie saß im Sessel, hatte ein Tablett mit ihrem Abendessen vor sich, als Joachim Gauck im Fernsehen sagte: »Wir müssen für die Freiheit frieren.« Daraufhin knallte meine Oma eine Faust auf ihr Tablett, fegte dabei das komplette Essen herunter und sagte – O-Ton: »Jetzt reicht's mich aber! Jetzt ist Schluss! Die Scheiße habe ich schon mal gehört. Da haben sie gesagt: Frieren für den Endsieg!« Daraufhin nahm ich sie im stolzen Alter von 93 Jahren mit auf die Demo. Sie war total glücklich.



Eine Wucht am Mikrophon: Die Reden von Colette Bornkamm-Rink – wie hier am Reformationstag in Wittenberg – muss man gehört haben. Sie sind schon jetzt legendär und finden über die Landesgrenzen hinaus Beachtung. Foto: Michel Michael Wittwer

DW: Sie sprechen seitdem jeden Montag – vor allem in Aschersleben, aber u. a. auch in Gera, Magdeburg und Leipzig. Dabei werden Ihre Reden, die sehr emotional aber auch humorvoll sind, jedes Mal aufs Neue gefeiert. Wie machen Sie das?
C.B.-R.: Eine Stunde, bevor ich zur Demo fahre, halte ich die Rede gedanklich in meinem Kopf und bringe sie dabei gleichzeitig auf Papier. Meine Freundin sagt, man könnte mein Mundwerk selbst dann nicht stoppen, wenn man mich nachts um drei Uhr mit 41 Grad Fieber kopfüber an einer Brücke herunterhängen lassen würde *(lacht)*.

DW: Viele bezeichnen Sie bereits als »Stimme des Ostens«. Wie finden sie das?
C.B.-R.: Das ist mir fast ein bisschen unangenehm. Ich bin eine ganz normale Frau. Wenn ich von den Demos nach Hause komme, hat meine Katze in den Flur gekotzt und meine Tochter nölt herum, warum das Essen noch nicht fertig ist. Aber natürlich freut es mich, wenn meine Reden so gut ankommen. Das zeigt mir, dass ich den Menschen aus der Seele spreche, sie sich abgeholt fühlen. Ich möchte ein Sprachrohr für sie sein.

DW: Sie werden sicher auch mit Ablehnung konfrontiert, oder?
C.B.-R.: Ich werde oft angefeindet und beleidigt. Im Supermarkt drohte mir ein Kerl, dass er mir am liebsten »die Fresse einschlagen« wolle. Andere grüßen mich nicht mehr, weil sie Angst vor Kontaktschuld haben. Der negative Höhepunkt: Im August wurde ich abends in Aschersleben aus dem Nichts von hinten angegriffen und brutal zusammengeschlagen. Ich spürte einen heftigen Schlag in meinen Rücken. Mir wurde schwarz vor Augen, ich klappte sofort zusammen. Irgendwann kam ich wieder zu Bewusstsein und schleppte mich nach Hause. Beim Arzt wurden ein Hämatom und ein angebrochener Wirbel diagnostiziert. Ich konnte nicht sehen, wer mich attackierte, aber der Verdacht liegt nahe, dass es die Antifa war.

DW: Was ist Ihr Wunsch für 2024?
C.B.-R.: Dass sich die Straßen endlich wieder füllen. Es ist kurz vor zwölf. Unser Land steht vor dem Zerfall. Die Menschen müssen in die Eigenverantwortung kommen, ihr Rückgrat fühlen und begreifen: Widerstand lohnt sich. Wir haben schon die Impflicht abgewendet. Wir müssen dafür sorgen, dass denen »da oben« der Arsch auf Grundeis geht und sie verstehen, dass sie Politik für und nicht gegen das Volk zu machen haben.

DW: Colette, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview wird in Ausgabe 160 fortgesetzt.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

SELEKTIVE WAHRNEHMUNG

Nach meiner Abokündigung der *Jungen Welt* im Frühjahr 2020 und anschließender der Abokündigung der Wochenzeitung *UZ*, aufgrund völligem politischen Versagens (Verrat) während, aber auch nach der Coronaplandemie, genieße ich seitdem Eure Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand*. Genießen heißt für mich als Rentner, dass ich mir das Lesen täglich bis zum Erscheinen der nächsten Ausgabe aufteile.

Am Donnerstag, den 16. November, traf ich dann in DW 154 auf Seite 15 auf den Text »Das Volk Israel lebt« in der Rubrik *Christen im Widerstand* und war entsetzt. Wie kommt so ein durch und durch evangelikanischer Text in Eure Zeitung? Mit Christen im Widerstand hat dies nach meiner Meinung rein gar nichts zu tun. Ihr schreibt, dass diese Kolumne in Eurer Redaktion angesichts der aktuellen Kriegslage in Palästina/Gaza kontrovers diskutiert wurde. Mich würden diese kontroversen Argumente brennend interessieren, zumal die Autorin wohl eine selektive Wahrnehmung des Alten Testaments vornimmt.
– Eberhard E., Bochum

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

instagram.com/demokratischerwiderstand

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand





Beeindruckende Demonstration: Am vergangenen Montag verstopften tausende Traktoren die Hauptstadt, auch Spediteure beteiligten sich an dem Protest der Landwirte. Fotos: Demobilder/Telegram

Advent, Advent, die Ampel brennt!

Entfachen die Bauern eine neue große Demo-Welle im Land? | Von Klaus Müller

Rund 10.000 Landwirte protestierten am Montag, 18. Dezember, am Brandenburger Tor gegen die Irrsinnspolitik der Ampelregierung. Der Deutsche Bauernverband hatte unter dem Motto »Zu viel ist zu viel. Jetzt ist Schluss« gemeinsam mit den Landesverbänden und weiteren Gruppierungen eingeladen und mehr als 3.000 Traktoren rollten in die Hauptstadt.

Einige Bauern benötigten für ihre Anreise nach Berlin 17 Stunden. An verschiedenen Stellen wurden Fuhren von Mist abgeladen, um zu zeigen, was man von der Arbeit der Ampel hält. Bundesweit gab es weitere Aktionen und Kundgebungen gegen die Berliner Sparpläne, so wurden am Montag beispielsweise die vielbefahrene A2 in Höhe Lauenau (Niedersachsen) von mehreren Traktoren blockiert, am Mittwoch der Wesertunnel bei Bremerhaven in beide Richtungen. Grund für die massiven Proteste: Die insolvente Ampelregierung will die Agrardiesel-Vergünstigungen und die Kfz-Steuerfreiheit für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge streichen, um damit einen Teil ihres selbst verbockten Haushaltslochs in Höhe von 17 Milliarden Euro zu stopfen. Es ist wie so oft: Einmal mehr sollen die Bürger für die Unfähigkeit der Politik zur Kasse gebeten werden. Aber wie sagte einst Konrad Adenauer: »Man sollte sich vor nichts so fürchten, wie wenn alle Bauern an einem Strang ziehen.«

Bauernpräsident Joachim Rukwied bezeichnete die Pläne der Ampel als eine »Kampfansage« und die nehme man an: »Das ist heute nur der Auftakt«, fuhr er fort, »wenn diese beiden Maßnahmen nicht gestrichen werden und zwar ersatzlos, dann kommen wir wieder – nicht nur nach Berlin, dann werden wir ab 8. Januar überall präsent sein in einer Art und Weise, wie es das Land noch nicht erlebt hat. Wir nehmen das nicht hin.« Rukwied sprach von einem »sehr heißen Januar« und erklärte, dass die Ampel kein Interesse an der Zukunftssicherung der landwirtschaftlichen Betriebe habe. Dabei hatte Deutschland noch nie so hohe Steuereinnahmen wie jetzt: »Wir haben kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem.« Während seiner Rede stand Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir neben ihm und machte große Augen. Ebenfalls sehr deutliche Worte zur aktuellen Lage fand Claus Hochrein vom Verband *Landwirtschaft verbindet Deutschland* (LSV): »Das Fass ist nicht nur übergelaufen, das Fass ist zerborsten», sagte er. Hochrein plädierte für Gerechtigkeit, mahnte nicht eingelöste Versprechungen an und sprach von Wahlbetrug, während die Landwirte vor der Bühne »Neuwahlen« forderten.

Kurz nach zwölf, wie bezeichnend, ging Cem Özdemir ans Mikrophon. Zunächst attackierte er Claus Hochrein (siehe Interview mit LSV-Sprecher Anthony Lee, S. 10), dann äußerte er eine Bitte: »Wir sollten nicht so reden – weder über den Bundesfinanzminister Lindner noch über den Bundeskanzler Olaf Scholz noch über den Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Wir wollen sie gewinnen, sie überzeugen und gemeinsam mit ihnen eine gute Lösung finden.» Das sahen die wütenden Landwirte offenbar völlig anders, denn sie quittierten Özdemirs Worte mit lautstarken Buhrufen. »Ich halte nichts von den Streichungen in diesem Umfang«, erklärte der Minister. Er habe die Bundesregierung vor den Streichungen gewarnt und an seiner Auffassung habe sich nichts geändert. Er versprach, sich »mit aller Kraft« dafür einzusetzen, dass es nicht so kommen wird. Die Landwirte nahmen ihm das nicht ab. Immer wieder wurde Özdemir in seiner Rede von Unmutsbekundungen wie »Ampel weg«- und »Neuwahlen«-Rufen unterbrochen. Am Ende sprach er noch eine eindringliche Warnung aus: Die Landwirte sollten nicht »den Radikalen« auf den Leim gehen. Wen er damit meinte, blieb ungewiss. Unter heftigen Buhrufen verließ er schließlich die Bühne. Die Stimmung war sehr aufgeheizt.

Bayerns Vize-Ministerpräsident Hubert Aiwanger (Freie Wähler) war ebenfalls in Berlin und sprach in einem Interview Klartext: »Es ist eine Sauerei, was die Ampel hier abzieht.« AfD-Chefin Alice Weidel schrieb auf X: »Die beste Regierung aller Zeiten treibt nicht nur die Bauern in den Ruin, sondern das ganze Land in Versorgungsengpässe.« Auch Julia Klöckner, wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion und ehemalige Landwirtschaftsministerin, fand abends im *ZDF-heute-journal* klare Worte zu den Plänen der Ampel: »Es ist ziemlich unklug, dass gerade die Landwirtschaft, die systemrelevant ist und für unsere Nahrungsmittel sorgt, über Gebühr und überproportional die Ersparnisse für die Ampel erbringen soll. Ein Prozent der Bevölkerung soll zehn Prozent Ersparnis bringen. Das klappt hinten und vorne nicht», sagte sie und verwies darauf, dass es immer weniger landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland gebe und dies, obwohl ein überwiegender Teil des Obstes und Gemüses bereits jetzt importiert werden müsse, was zudem nicht dazu passe, dass immer wieder von einem CO_2-Fußabdruck gesprochen werde. Regionalität sei wichtig.

Anthony Lee spricht im DW-Interview von einem »gravierenden Wettbewerbsnachteil« der Landwirte auf dem europäischen Markt. Grund: In anderen EU-Ländern, etwa in Frankreich, wird Agrardiesel noch stärker subventioniert als in Deutschland, zudem dürfen die Landwirte dort ihre Fahrzeuge mit Heizöl betreiben. Besonders pikant in diesem Zusammenhang: Die ursprünglich geplante Einführung einer nationalen Kerosinsteuer hat die Ampel inzwischen verworfen, weil diese die Lufthansa, die während Corona neun Milliarden Euro Staatshilfen erhalten hatte, gegenüber ausländischen Fluggesellschaften benachteiligt hätte.

Update kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe: Laut eines Berichts der *Bild*-Zeitung könnte sich eine Wende im Diesel-Streit anbahnen. Laut Dirk Wiese, Vize-Chef der SPD-Bundestagsfraktion, suche man »nach einer Lösung für kleine Betreibe von bis zu 80 Hektar Größe«. Möglicherweise könnte es eine Beschränkung der Steuernachlässe auf eine maximale Liter-Menge Agrardiesel pro Jahr und Betrieb geben. Erste Landwirte äußerten sich jedoch bereits skeptisch. So sprach Leo von Stockhausen, Geschäftsführer *Familienbetriebe Land und Forst*, von »Augenwischerei«. Die Landwirte planen nun offenbar für den 8. Januar 2024 bereits einen deutschlandweiten Generalstreik.






Wie passend: Eine Ladung dampfender Mist als Geschenk für eine Regierung, die ohne Ende nur Mist produziert. Schließlich steht Weihnachten vor der Türe. Fotos: Demobilder/Videostills



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

GEMEINSAM SIND WIR STÄRKER

Da haben wir schon lange darauf gewartet, dass die Bauern als Antwort auf die desaströse Politik der wohl übelsten Bundesregierung aller Zeiten endlich ihren Mist nach Berlin bringen und auf der Straße des 17. Juni hinterlassen. Mist zu Mist. Wie heißt es doch so schön: Gleich und gleich gesellt sich gern. Respekt und Dank gilt hier all jenen, die sich per Traktor mit 50 km/h auf den Weg nach Berlin gemacht haben.

Und ja, der Tag war noch nicht vorbei, da wurde eindrücklich demonstriert, warum so vieles in den letzten Jahren nicht besser geklappt hat. »Die Bauern haben sich 2021 gegen die Querdenker gestellt, sie haben nicht mit uns kooperiert», war hier und dort zu lesen und zu hören. Ja, stimmt, der Gedanke ist nachvollziehbar. Viele hätten sich schon 2021 den Schulterschluss gewünscht. Aber das liegt lange zurück, wir schreiben in Kürze bereits das Jahr 2024. Worauf es ankommt: Nur das Jetzt zählt. Es ist höchste Zeit, dass wir alle mit Vehemenz und geschlossen der Ignoranz dieser Regierung begegnen. Denn gemeinsam sind wir noch stärker.

Immer noch geht es nicht um unsere eigenen persönlichen Befindlichkeiten, auch wenn das bei einigen manchmal anders aussieht. Wir sind 2020 lediglich den anderen etwas voraus gewesen, als wir damals bereits für unsere Grundrechte, die in diesen Zeiten mehr denn je in Gefahr sind, auf die Straße gingen. Wir haben angestoßen, was nicht mehr aufzuhalten ist. Erkenntnisse und Wissen sind das eine, aber was es braucht, sind wachsender Zusammenhalt und Verständnis für den anderen. Wann endlich packen wir es gemeinsam an? Die Antwort darauf lautet: Jetzt!

Wir haben Licht in diese Welt gebracht – das Licht der Menschlichkeit, des Friedens, des Miteinanders und des Zusammenhalts. Dieses Licht haben viele vermisst, andere nie zuvor gesehen. Es strahlt aus jedem von uns. Lassen wir es zu und schauen wir hin. Ein gesegnetes und lichtvolles Weihnachtsfest für alle. Alles Gute für das neue Jahr 2024. Schön, dass es uns gibt. Danke!

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

»DAS LAND HAT DIE SCHNAUZE VOLL VON DIESER SCHWACHSINNIGEN POLITIK«

Interview mit Bauernsprecher Anthony Lee über die Demo der Landwirte in Berlin | Von Klaus Müller

DW: Herr Lee, wie lautet Ihr Fazit zur Bauerndemo in Berlin?
Anthony Lee: Ich bin begeistert. Wir haben einen beeindruckenden Zusammenschluss unserer Berufsverbände gesehen, den es so zuvor noch nie gab. Wir marschieren geschlossen in eine Richtung. Bauernpräsident Joachim Rukwied brachte unmissverständlich zum Ausdruck, dass wir keine Kompromisse mehr eingehen werden. Die Vorhaben der Ampelregierung – Wegfall der Agrardiesel-Vergünstigungen und der Kfz-Steuerfreiheit für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge – die für uns einen gravierenden Wettbewerbsnachteil auf dem europäischen Markt bedeuten würden, sind sofort zurückzunehmen, anderenfalls werden wir spätestens am 8. Januar 2024 das Land so massiv lahmlegen, dass nichts mehr geht und die Ampel an unserer Forderung nicht mehr vorbeikommt. Die Büchse der Pandora wurde geöffnet, die geht nicht mehr zu. Es gibt keinen Weg zurück.

DW: Wie beurteilen Sie die Aussagen Cem Özdemirs?
A.L.: Was er sagte, war eine absolute Frechheit unserem Berufsstand gegenüber. Dass er von den Plänen der Ampel nichts gewusst haben will, ist völlig unglaubwürdig. Natürlich wusste er Bescheid. Aber mit dieser Aussage hat er sich selbst entlarvt: Würde sie der Wahrheit entsprechen, wäre er in seinem Ministerium doch völlig überflüssig. Andererseits: Er soll uns nur einen einzigen Punkt nennen, den er in seiner Amtszeit richtig gemacht hat. Aber das kann er nicht, denn er agiert wie ein Taugenichts. Der Gipfel war, dass er die vorher von Claus Hochrein, Vorsitzender unseres Verbands »Landwirtschaft verbindet Deutschland«, auf der Bühne getätigte Aussage als Aufhänger für seine Rede nahm.

DW: Hochrein hatte erklärt, er hätte sich, als er Özdemir die letzten Tage vor der Presse gehört habe, wie auf einem türkischen Basar gefühlt. Der Landwirtschaftsminister echauffierte sich daraufhin, er hätte »die Botschaft schon sehr gut verstanden«.
A.L.: Dass er sich darüber aufregte, war lächerlich. Dass die *Bild*-Zeitung diese Aussage gar als eine rassistische Entgleisung bezeichnete, ist eine absolute Unverschämtheit. Aber das Verhalten von Özdemir ist typisch für ihn: Er stellt sich als Opfer dar, obwohl er es ist, der uns Landwirten die Existenz rauben will. Er stand da auf der Bühne wie ein kleiner Schuljunge, der sich die Augen gerieben hat: Normalerweise kommen die Grünen mit allem durch, selbst wenn sie, was sie gut können, den absurdesten Blödsinn erzählen. Am Montag passierte das Gegenteil: Özdemir ist voll gegen die Wand gelaufen. Alle Verbände zeigten ihm die Rote Karte. Die Ampel ist am Ende.

DW: Warum sind Sie sich da so sicher?
A.L.: In all den Jahren haben wir gesagt: Wir müssen versuchen, mit der Politik im Gespräch zu bleiben. Doch der Zug ist abgefahren. Alle, die jetzt auf der Straße waren, sind auf 180. Und ich garantiere: Wir werden nicht mehr weichen. Wir bekamen ohne Ende Zustimmung, etwa von Mittelständlern, Einzelhändlern und anderen Geschäftsleuten. Sie haben uns ihre volle



Bauernsprecher Anthony Lee (LSV) ist überzeugt davon, dass die Zeit der Ampel bald abgelaufen ist. Kämpferisch und zuversichtlich sagt er: »Wir werden nicht mehr weichen.« Foto: privat.

Unterstützung zugesagt. Das Land hat die Schnauze voll von dieser schwachsinnigen und destruktiven Politik. Für alles und jeden ist Geld da – für Kriege, Entwicklungshilfe, Genderförderung – aber beim eigenen Volk wird gespart.

DW: Mal angenommen, die Ampel nimmt die zwei erwähnten Vorhaben doch noch zurück. Ist dann alles gut?
A.L.: Keineswegs. Dann wären wir wieder auf dem Stand von Mittwoch vor einer Woche. Die Landwirtschaft soll abgewickelt werden. Aber das werden wir nicht zulassen.

DW: Wie geht es nun weiter?
A.L.: Bis zum 8. Januar gibt es noch mehrere bundesweite Aktionen. Wir bleiben präsent und sichtbar und hoffen, dass der gesamte Mittelstand und vor allem auch die Bevölkerung nicht nur zuschaut und applaudiert, wofür wir dankbar sind, sondern mitmacht, um noch mehr Druck aufzubauen.

DW: Überall in Deutschland gehen die Menschen auf die Straße. Allein in Karlsruhe waren es am 10. Dezember 10.000 Demokraten. Wäre es nicht sinnvoll, wenn sich der Widerstand vereinen würde?
A.L.: Absolut. Wir alle müssen uns jetzt zusammen tun. Wir Landwirte und die Spediteure haben so viel Macht wie keine andere Berufsgruppe in diesem Land. Dennoch brauchen wir die Unterstützung der breiten Bevölkerung. Bekommen wir die, hat diese unsägliche Politik sehr bald ein Ende. Ich blicke sehr zuversichtlich ins neue Jahr und bin überzeugt, dass die Ampel nicht mehr lange durchhalten wird.

DW: Herr Lee, vielen Dank für dieses Gespräch.

MELDUNG

NÄCHSTE STUFE GESTARTET

Frankfurt am Main/DW. Das sogenannte digitale Bargeld der EU befindet sich laut Aussagen von Christine Lagarde, Chefin der Europäischen Zentralbank, in der »Vorbereitungsphase«. Man werde in der EU bald damit beginnen, den »digitalen Euro« für den allgemeinen Gebrauch einzuführen. Man treibe diese Technologie voran, weil sie angeblich »sicher« und »einfach zu benutzen« ist, wird sie vom *Online*-Portal *tkp.at* zitiert. Der digitale Euro erlaubt es, sämtliche Finanzflüsse durchsichtig und kontrollierbar zu machen. Außerdem werden die Bürger so direkt an die Zentralbanken geschaltet, wo sie staatlichen Zugriffen leichter ausgesetzt werden können. (hes)

REVOLUTION AUF ROLLERN

Washington/DW. Der Miet-E-Roller-Anbieter Bird wird in den USA laut Medienberichten ein Insolvenzverfahren starten. Das Unternehmen leide unter dem nachlassenden Interesse an elektrischen Leihrollern. Einen nennenswerten Mehrwert hatten die infantilisierenden Fortbewegungsmittel einzig im Sommer 2021 in Berlin, als Demokraten die Roller nutzten, um von einem Demonstrationsplatz zum nächsten zu fahren. Revolutionäre auf Mietrollern war ein bis dahin ungesehenes Phänomen. (hes)

2024 WIRD ES NOCH TEURER

Berlin/DW. Deutsche Stadtwerke gaben am 21. Dezember an, dass die Strompreise für Privathaushalte 2024 um 32 Prozent steigen werden. Grund hierfür sei der Wegfall des Bundeszuschusses für Strom im neuen Notstands-Haushalt der Bundesregierung. Laut *Frankfurter Rundschau* haben bereits etwa 50 Prozent der Stadtwerke neue Preise für 2024 kalkuliert und öffentlich gemacht. Die Stromkosten einer vierköpfigen Familie werden demnach um rund 200 Euro ansteigen. (hes)

»UNTERFINANZIERTE ZIVILGESELLSCHAFT«?

Berlin/DW. Die formierte »Zivilgesellschaft« bangt im Zuge des neuen Notstand-Haushaltes um ihre Pfründe. In einem offenen Brief vom 12. Dezember, auf den Journalist Norbert Häring hinweis, heißt es: »Eine unterfinanzierte Zivilgesellschaft gefährdet die Demokratie.« Mit Zivilgesellschaft meinen sich die Regierungs-NGOS offenbar selbst. Unterzeichnet wurde der Brief unter anderem von der skandalumwitterten Amadeo-Antonio-Stiftung und dem sogenannten Volksverpetzer, beides sind landesweite Denunziationsorganisationen. Entlarvend für den Volksverpetzer ist, dass dieser bisher behauptet hatte, er finanziere sich aus Spenden der tatsächlichen Zivilgesellschaft, also der Bevölkerung, und nicht mit Steuermitteln. Nun wurde klar, dass das Volk in Gänze mit Steuern seinen Verpetzer zahlte. (hes)

»AN DER SACHE IST ETWAS FAUL!«

Interview mit dem Journalisten und Autoren Gerhard Wisnewski über die umstrittenen Vorgänge an der israelisch-gazaischen Grenze am 7. Oktober 2023.

Gerhard Wisnewski. Foto: DW

DW: Am 7. Oktober 2023 fand an der israelischen Grenze zum Gaza-Streifen ein Verbrechen statt, dessen Folgen seither die Welt erschüttern. An den Vorgängen und deren Präsentation gibt es Zweifel. Worin bestehen diese?

Gerhard Wisnewski: Die Gaza-Grenze ist eigentlich unüberwindbar, wie früher der Todesstreifen um West-Berlin - mit hunderte Meter breiten kahlen Streifen, sechs Meter hohen Zäunen, Sensoren und angeblich auch Selbstschussanlagen. Die Grenze wird auch rund um die Uhr von Truppen bewacht und mit Hilfe von Kameras beobachtet. Laut ehemaligen Grenzsoldaten kommt dort keine Maus durch, ohne bemerkt zu werden. Die Hamas soll aber an mindestens 15 Stellen durchgebrochen sein, ohne dass sich israelisches Militär blicken ließ. Eine israelische Ex-Soldatin hat gesagt, ohne Hilfe von innen sei das nicht denkbar gewesen.

DW: Wie gelang es Ihnen, das herauszufinden?

Wisnewski: Ich habe viele israelische Quellen und Zeitungen benutzt, wo solche Fragen offener gestellt werden als in Deutschland. Des Weiteren gibt es Zeitzeugen wie die erwähnten Soldaten, die sich zu Wort gemeldet haben. Auch die Gaza-Grenze wird in vielen Quellen ausführlich beschrieben. Jeder kann das finden, wenn er nur möchte und eins und eins zusammenzählen will. Es will nur keiner - jedenfalls nicht im *Mainstream*.

DW: Was sind Ihre Schlussfolgerungen?

Wisnewski: Dass an der Sache etwas faul ist. Es sieht aus, wie eine bewusst zugelassene Provokation oder wie eine *False-Flag*-Aktion.

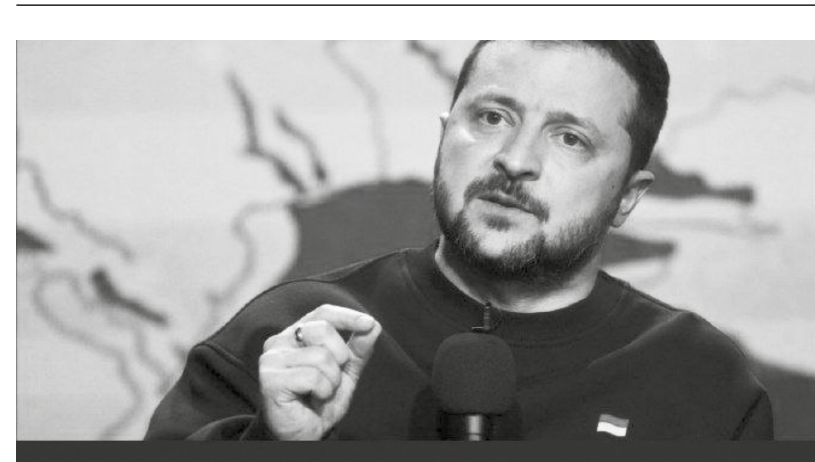
DW: Welche Position der deutschen Außenpolitik würden Sie für sinnvoll erachten?

Wisnewski: Die Frage ist schon fast komisch - so, als wäre Deutschland außenpolitisch ein handelndes Subjekt, das irgendjemand ernstnehmen würde. Gibt es so etwas wie eine »deutsche Außenpolitik«? Meine Antwort lautet Nein: Deutschland ist der Pudel von Angloamerika und auch Israel ist es treu ergeben. Es hat international absolut nichts zu melden.

DW: Herr Wisnewski, Sie sind eine Legende des Aufklärungsjournalismus. Wo veröffentlichen Sie Ihre Erkenntnisse zu diesem und anderen Themen?

Wisnewski: Meine wichtigste Veröffentlichung ist mein kritisches Jahrbuch »verheimlicht - vertuscht - vergessen«, das derzeit im 17. Jahr erscheint, jetzt mit der Ausgabe 2024. Dort gehe ich regelmäßig vielen zweifelhaften Narrativen des Vorjahres nach – aber auch wichtigen Themen, die im Mainstream überhaupt nicht erwähnt wurden. Daher auch der Titel »verheimlicht - vertuscht – vergessen«.

Die Fragen stellte Anselm Lenz



Ukrainian President Volodymyr Zelenskyy speaks during his end-of-the-year news conference in Kyiv, Ukraine, on December 19 [Efrem Lukatsky/AP Photo]

Zelenskyy confident US will not 'betray' Ukraine

Ukrainian president suggests his country could mobilise 500,000 more people in order to fight Russian invasion.

19 Dec 2023 | Updated 5 hours ago

SHARE

Ukrainian President Volodymyr Zelenskyy has expressed confidence that the United States and other Western countries will continue to support Ukraine in its battle to repel Russia's invasion.

DAS BRÖCKELN DER OSTFRONT

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenski ist sich laut Medien sicher, »von den USA nicht betrogen« zu werden (siehe links). – Na dann, viel Glück.

Es rumort im Nato-Kartell. Die USA sind immer weniger in der Lage und auch immer weniger Willens immer neues Gerät und Milliarden in die Ukraine zu pumpen. Wladimir Selenski sah sich deshalb am 19. Dezember 2023 dazu genötigt, seiner Hoffnung Ausdruck zu verleihen, dass ihm nach nun fast zwei Jahren Töten und Sterben, der größte Waffenlieferant abspringt.

Im Frühjahr 2022 wäre es fast zu einem Vertrag zwischen der Ukraine und Russland gekommen, welcher beinhaltet hätte, dass die Ukraine nicht der Nato beitritt und neutral bleibt. Ansonsten nicht viel mehr. Diese Verhandlung war durch den damaligen britischen Premier Boris Johnson beendet worden, der Selenski versprach, die Nato werde ihn schützen. Da die USA sich nun anderen Schauplätzen zuwendet – China zum Beispiel –, sieht es danach aus, dass Biden das Nato-Versprechen bricht und bald die deutsche Grüne Partei, der stärkste Verbündete der ukrainischen Regierung sein wird. – Eine Aussicht, die jedem mit Verstand Sorgenfalten auf die Stirn zaubern muss.

Die russische Armee hat in den letzten Tagen und Wochen, die kleinen Geländegewinne der sogenannten Sommeroffensive der Ukraine rückgängig gemacht und rückt laut Medienberichten immer weiter vor. Die ukrainische Führung denkt in ihrer Not nun darüber nach, auch Bürger, die vor dem Krieg außer Landes geflohen sind, in die Armee einzuziehen. Ukrainer im wehrfähigen Alter von 25 bis 60 Jahre in Deutschland und anderen Ländern wurden nun aufgefordert, sich in den Rekrutierungszentren der Streitkräfte zu melden. Beobachtern zufolge steht die russische Armee kurz davor, eine Winteroffensive zu starten, weshalb die ukrainische Führung darauf hinarbeitet 450.000 bis 500.000 weitere Soldaten zu mobilisieren. (hes)

MELDUNG

AB ZUM ROTEN MEER

Berlin/DW. Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Marie-Agnes Flak-Bimmelmann (FDP), sprach sich in dieser Woche dafür aus, die deutsche Flotte im Roten Meer einzusetzen, um »Terroristen jeder Couleur entschieden die Stirn zu bieten«. In der wichtigen Meeresstraße war es wiederholt zu Überfällen auf Handelsschiffe gekommen. Die unter dem Verdacht des Waffenlobbyismus stehende 65-Jährige will das verhindern. Sie war in der Vergangenheit immer wieder durch militante Ergüsse auffällig geworden. (hes)

TRUMP SOLL NICHT GEWÄHLT WERDEN DÜRFEN

Colorado/DW. Das Oberste Gericht des US-Bundesstaates Colorado will den ehemaligen Präsidenten und erneut zur Wahl antretenden Donald Trump nicht zu den diesjährigen Vorwahlen der Republikaner zulassen. Die Entscheidung vom 20. Dezember 2023 wurde vom Gericht damit begründet, dass Trump einst im von den Demokraten dominierten Bundesstaat zum sogenannten Sturm auf das Capitol aufgerufen habe. Die regierungsnahe *Tagesschau* hofft auf ein Urteil mit »Signalwirkung«. Noch ist unklar, ob es Bestand hat. (hes)

ORBAN LÄSST UKRAINE IN EU

Brüssel/DW. Auf dem EU-Gipfel gab Ungarns Premier Viktor Orbán am 15. Dezember seinen Widerstand gegen EU-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und dem Staat Moldau auf. Bei der finalen Abstimmung verließ er den Raum, machte keinen Gebrauch von seinem Veto-Recht und ließ die anderen EU-Nationen die kostspielige Entscheidung treffen. »Dies ist ein historischer Moment«, so der umstrittene EU-Ratspräsident Charles Michel. Den Vorgang betrachte er laut Medienberichten als ein Zeichen der »Glaubwürdigkeit« und der »Stärke« der EU. Welchen Preis Orbán sich dafür ausgehandelt hat, ist noch nicht bekannt. (hes)

POLITISCHE SÄUBERUNG

Warschau/DW. Die neue polnische Regierung unter Donald Tusk, die am 12. Dezember nach langem Hin und Her bestätigt wurde, machte sich umgehend an die Säuberung der Institutionen. So wurde am 20. Dezember die gesamte Führungsriege der öffentlich-rechtlichen Medien, also Fernsehen, Radio und Nachrichtenagentur, die von der Vorgängerregierung, der PiS-Partei, in einer ähnlichen Aktion Ende 2015 eingesetzt worden war, entlassen. Der Nachrichtensender *TVP Info* wurde kurzzeitig abgeschaltet, um die unliebsamen Mitarbeiter aus dem Sendegebäude zu entfernen. »Solche öffentlich-rechtlichen Medien, wie wir sie momentan haben, verdienen keine Finanzierung aus der Tasche der Steuerzahler«, so Tusk in Verwendung eines nachvollziehbaren AfD-Zitats. (hes)

2023 IM RÜCKSPIEGEL

DW hat sich umgehört: Was war 2023 im Widerstand los? Was hat schockiert, erzürnt und Mut gemacht?



»2023 haben wir gesehen, dass immer mehr Menschen verstehen, wie politisch der Hase läuft. Viele sind nicht mehr so staats- und medikamentengläubig, wie zuvor. Gehapert hat es in der Demokratie- und Freiheitsbewegung an der Definition eines gemeinsamen Ziels und an der mangelnden Zurücknahme einzelner Egomanen. Unsere Freiheitsbewegung wird größer. Für das Jahr 2024 hoffe ich auf eine Querfront aus Jung und Alt, Männer und Frauen, Alt- und Neubürgern, Reichen und Armen – egal welcher Religion, solange »Du sollst nicht töten« und »Du sollst nicht stehlen« eingehalten wird. Schön wäre es, wenn 2024 noch mehr Menschen die Wahrheit frei sagen.«
– Sunny, demokratische Demo-Organisatorin aus Karlsruhe



»Seit 2020 und auch 2023 haben die organisierten Verbrecher, Völkermörder und Kriegsenthusiasten unter Führung der USA viel erreicht. Sie haben die Staaten des Westens komplett vor die Wand gefahren, die Gesellschaften innerlich zerrüttet und in ihrem geopolitischen Ringen um Weltvorherrschaft die Welt an den Abgrund eines großen Krieges geführt. Doch dem Widerstand ist es auch 2023 gelungen, den Wahnsinnigen nicht allein das Feld der Wirklichkeitsinterpretation zu überlassen. Darum drehen sie ja auch komplett durch mit immer neuen Zensur- und Überwachungsgesetzen. 2024 sollte sich der Widerstand ausdifferenzieren und professioneller werden, da die Satanisten nicht nachlassen werden, die Welt nach ihrer Vorstellung »umzubauen«, das heißt zu versklaven.«
– Ulli Mies, Politikwissenschaftler und Buchautor

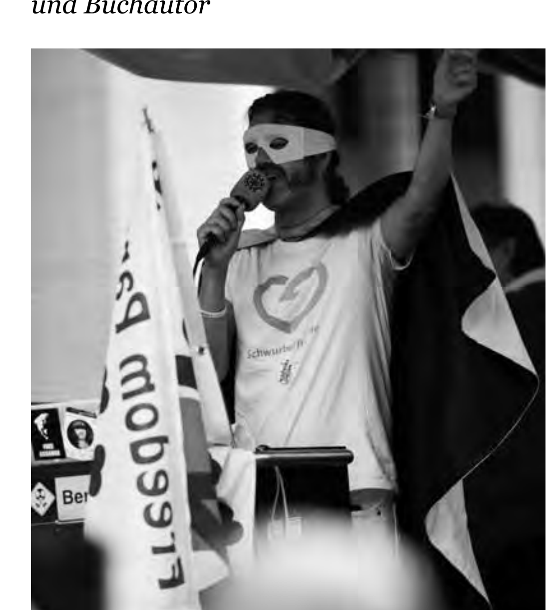
»Höhepunkte in diesem Jahr waren für mich das Corona-Symposium der AfD im Bundestag mit all den hochkarätigen Referenten und die Kundgebung in Karlsruhe mit den fast 600 Strafanzeigen wegen Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Abgeordneten die für die einrichtungsbezogene Impfpflicht bei der Bundeswehr und dem medizinischen Bereich gestimmt haben. Mut gemacht hat in diesem Jahr die Verbundenheit mit den vielen tollen und fähigen Menschen in ganz Deutschland. Und 2024? Da werde ich – neu sortiert – weiter für die Wiederherstellung und Einhaltung der freiheitlich demokratischen Grundordnung, den Frieden und die Menschenrechte kämpfen.«
– Sabrina Kollmorgen, Berlin, Intensivkrankenschwester im Widerstand



»Für mich war mit das Beste die Einreichung der Klagen in Karlsruhe. Der stete Tropfen höhlt den Stein. 2023 hat mir Mut gemacht, weil es zu einem allgemeinen Erwachen kam. Immer mehr Menschen, auch Biedermeier, haben erkannt, dass die Impfung Schäden mit sich gebracht hat. Sogar die Mainstream-Medien musste dies ab und zu darstellen. Für das kommende Jahr erhoffe ich mir, dass die Anklageschriften weiter hageln und die Politikerhaftung immer wieder mit Posaune und Trompeten lautstark gefordert wird. Denn nur durch eine wirkliche Aufarbeitung können wir einer erneuten Plandemie mit gesundem Menschenverstand und Herz begegnen.«
– Alexandra Motschmann, München, Dichterin und Industriekoordinatorin

»Auch 2023 waren weiter dermaßen viele Demonstrationen. Jeden Montag war ich – bis auf drei oder vier Mal – auf Spaziergängen in ganz Deutschland und dazu auf rund 60 Demos an den Wochenenden. Besonders Mut hat mir in diesem Jahr das AfD-Corona-Symposium im Bundestag gemacht. Die Redner dort haben Stil, Würde und Ehrlichkeit ausgestrahlt. Keiner war bezahlt. Da wurde mir erneut klar: Wir werden siegen. 2024 wird spannend, weil es politisch in alle Richtungen offen ist. Die Demokratie- und Freiheitsbewegung wird mit oder ohne Ampelregierung weitermachen, das weiß ich. Und ich arbeite an einem neuen Album mit neuen Liedern genau dafür.«
– Björn Banane, demokratischer Sänger und Songwriter





»2023 war toll zu sehen, dass wenn auch mal die Demos weniger werden, der Kontakt untereinander bestehen bleibt. Die beeindruckendste Demo und Höhepunkt des Jahres war für mich die Versammlung am 05. August am Brandenburger Tor. Meine Hoffnung für 2024 ist, dass im nächsten Jahr noch viel mehr Menschen aufwachen. Es soll ja ein Maximum der Sonnenaktivitäten geben – das ist keine Schwurbelei – und dies soll für viele bei ihrem spirituellen Erwachen helfen – das ist Schwurbelei. Solchen Prophezeiungen sind bisher ja nicht eingetreten, aber man darf ja hoffen.«
– Captain Future, Demo-Organisator und Entwickler der Kennenlernplattform schwurbeltreff.de

»Besonders beeindruckend in diesem Jahr war, dass Michael Ballweg nach vielen Monaten U-Haft ohne Anklage entlassen wurde, während die Staatsanwaltschaft den Freispruch von Prof. Sucharit Bhakdi nicht hinnehmen will und weiterhin versucht, ihn zu belasten. Hoffnung machte mir im vergangenen Jahr, dass die Friedens- und Wahrheitsbewegung auch nach Wegfall der akuten Coronamaßnahmen weiterhin aufmerksam und kritisch geblieben ist und Themen wie Impffolgen, Energiekrise, Kriegstreiberei, Zensur usw. kritisiert und am Ball bleibt. Was dürfen wir für 2024 hoffen? Dass das aktuelle politische, finanzielle, mediale, pharmazeutische und kriegstreiberische System das Vertrauen zunehmend verliert und im besten Fall zerbricht.«
– Alex Quint, Aufklärungsjournalist von eingeschenkt.tv

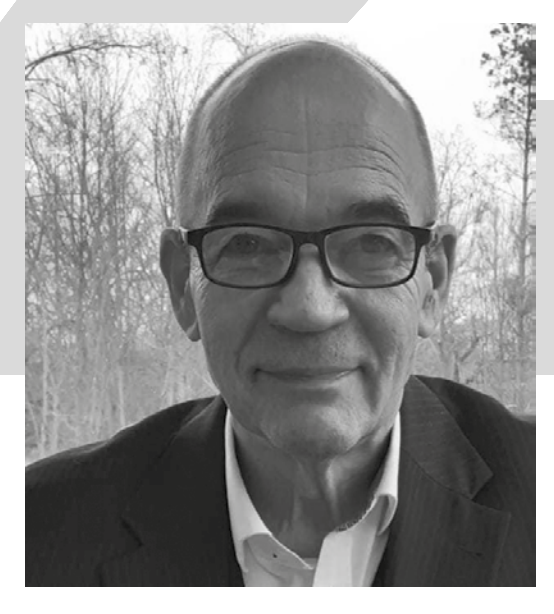


Foto: Axel Rothkehl

»2023 wurde von oben so viel Mist verbrochen, dass man damit ganz Deutschland düngen könnte. Doch der Widerstand hat geschafft, dass die Pläne für weitere *Lockdowns*, Impf- und Maskenzwangs-Orgien in den Schubladen blieben — aus Angst vor dem Volk. Für 2023 steht immer größerer demokratischer Widerstand gegen Idiotie und Ideologie an — und vergebliches Warten auf Neuwahlen.«
– Peter Hahne, Ex-ZDF-Moderator und Publizist, der zuletzt mit dem Thema »Aufstand gegen Ideologie und Idiotie« Hallen mit Tausenden Besuchern füllte.



»2023 hat gezeigt, dass die da oben gar nicht merken, dass es die da unten gibt – also uns. Doch wir sagen unsere Meinung und haben keine Angst mehr. Für 2024: Weiterhin alles hinterfragen! Und: Neuwahlen!«
– Axel Turck, mittelständischer Unternehmer aus Lüdenscheid



»Deutschland ist 2023 zu einem absolut kranken Land geworden, in dem fast die Hälfte der Einwohner keine deutsche Herkunft mehr haben. Leider haben wir fast alles zugelassen. Für 2024 wünsche ich mir die Inhaftierung der amtierenden Regierung inklusive der Führungsriege der CDU und Frau Merkel.«
– Bernd Quinque, Autohausbetreiber aus Berlin



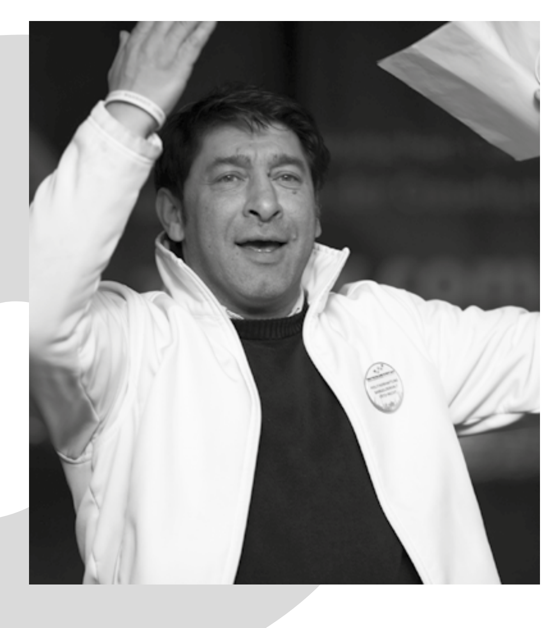
»Unsere Herrschaften haben Deutschland 2023 ins Chaos gestürzt – ob aus Dummheit oder vorsätzlich sei dahingestellt. Leider wurden die Wehrhaften immer wieder gespalten. Für 2024 hoffe ich auf ein gemeinsames Aufstehen sämtlicher kritischer Menschen in Deutschland und ganz Europa. Das Hickhack und die Spaltung aufgrund persönlicher Befindlichkeiten einzelner schmollender Egomanen muss ein Ende haben.«
*– Helge Spunkt, Demo-*Streamer *aus München*



»Heizwahnsinn, Klimaverarschung, Förderung von E-Autos, Dauerreisen im Flugzeug von unserer Außenministerin Frau Baerbock, Milliarden für den Ukrainekrieg, Daueramnesie von Herrn Scholz. Das war 2023. Das Schlimmste jedoch war, dass sie uns einreden wollten, das alles sei nur zu unserem Besten. Gut, dass wir während Corona standhaft waren und nun die Impfschäden langsam auch in den Mainstreammedien Beachtung finden. Super finde ich, dass auch 2023 unsere Mitbürger den neuen Bundesländern immer noch so zahlreich bei den Montagsspaziergängen teilnehmen. Hier in Ingolstadt sind wir leider nur noch mit 20 Teilnehmern unterwegs. 2024 müssen und werden wir uns weiter gegen die politische Agenda wehren, das heißt, zum Beispiel weiterhin mit Bargeld bezahlen, Widerspruch gegen die elektronische Patientenkarte einlegen, Autos mit Verbrenner fahren, bei kleinen und regionalen Unternehmen einkaufen, sich gegenseitig unterstützen und nicht spalten lassen.«
– Ilse Ziegler, Kassiererin aus Ingolstadt



»2023 wurde vorsätzlich ein weiterer Krieg angezettelt und in Deutschland wurde weiter der ökonomische Exodus vorangetrieben. Doch wir, der Widerstand, haben immer wieder unsere Stimme erhoben – auf kleinen Versammlungen, Mahnwachen vor Ort, hier in Lörrach, jeden Samstag, wie auch beim ZAAVV-Treffen #KA1012 oder beim Corona-Symposium im Deutschen Bundestag. Für 2024 planen wir hier eine kommunale Bürgerliste (BfLÖ = Bürger für Lörrach) bei der Kommunalwahl am 9. Juni 2024 in Baden-Württemberg. Hoffentlich kommt 2024 auch ein drittes Corona-Symposium zustande und weiterhin ein stetiges Korrespondieren und Vernetzen im Widerstand.«
– Birger Bär, Apotheker aus Lörrach



»Mein persönlicher Höhepunkt in diesem Jahr war die Dankbarkeit, die mich am Ende der Abschlusskundgebung am 3. Oktober 2023 überwältigte, als ich zusammen mit unserem großartigen Orga-Team von Deutschland-steht-auf auf der Bühne stand. Und Karlsruhe war groß. Nur durch die ständige Präsenz der Kritiker auf der Straße werden wir 2024 dafür sorgen, dass die Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter dem Stichwort Corona nicht in Vergessenheit geraten und unsere Forderung nach einer verantwortlichen Demokratie immer weiter in die Gesellschaft hineingetragen und sie letztlich auch umgesetzt wird. Ich würde mich freuen, wenn sich viele Montagsspaziergänger bei den vielen kommenden Kommunalwahlen dezentral organisieren und in ihren Gemeinden gewählt werden, damit uns dort mehr kritische und verantwortungsvolle Stimmen vertreten.«
– Olli Lange, Demoorganisator und Herzensmensch



Bei den tausenden Demonstrationen, was ist bei Dir besonders hängen geblieben? DW-Fotograf Georgi Belickin antwortete: »Die Demo von Göttingen am 16. September 2023, der ein Tag der Schande für den Rechtsstaat war.« – Im niedersächsischen Göttingen war an diesem Tag im koordinierten Zusammenspiel von Stadtrat, Behörden und aufgehetzten Fake-Antifas eine friedliche Demonstration der Demokratiebewegung verhindert worden. Dafür waren unter anderem Brände in der Stadt gelegt worden, wofür man sich von Seiten der Stadtoberen auch noch bedankte.

– Am 13. Januar 2024 kehrt deshalb die Demokratiebewegung auf den Göttinger Hiroshimaplatz mit einer Versammlung zurück: Versammlungsfreiheit statt Extremismus von oben, ist das Thema. Beginn ist 12. 30 Uhr.



Das Letzte – von Anselm Lenz

SEHR GEEHRTE MITSTREITERINNEN, LIEBE KOLLEGEN, HALLO KINDER!

Ist wirklich alles schrecklich? Nein. In einem einem normalen Leben dürfte es viele glückliche Momente geben – außerhalb der Kriegsgebiete, ohne Maßnahmenterror, ohne MRNA-Schädigung und ohne die übelsten Auswirkungen des Spätkapitalismus, des US-Besatzungsregimes. Ich bin dankbar für diese guten Momente, also meine Freunde und Kollegen, die tollen Jahre und das heutige Leben mit meiner Frau und meinen Kindern. Wir feiern Weihnachten traditionell und mit vielen Verwandten!

Und sonst? Ich persönlich kann noch immer nicht fassen, was mit uns allen gemacht wurde und gemacht werden soll. Das Terrorregime und der Widerstand haben mich unglaublich viel Kraft gekostet. Weitere Angriffswellen des Regimes auf mich werde ich möglicherweise nicht überleben, denn ich werde mich mit allen Mitteln wehren. Mit mir nicht, nie wieder und keinen Millimeter weiter!



Foto: DemokratischerWiderstand.de

Das Regime fügt uns zwar tägliche Qualen zu, aber gehen wir mal davon aus, dass der Feind zwar wieder losknallt, sich diesmal aber besser »temperiert« an sein Terrorprogramm »Hammer and Dance« (draufschlagen und tanzen) macht. Was kann ich tun?

Nun, wenn einer »draufschlägt«, gibt es die Möglichkeit, auszuweichen, standzuhalten oder den Schlag auszupendeln. Ich habe soviele Schläge ausgehalten, dass standhalten und nichtstun für mich nicht mehr in Frage kommen. Wenn ich noch einmal vom Regime getroffen werde, werde ich auch noch das Letzte geben und meinen totalen letzten Kampf kämpfen, selbst wenn ich ihn kaum gewinnen kann. Umso mehr würde ich zu einem Vorbild deutscher Demokraten. Mein Leben ist mir zwar süß und groß, doch vor diesem heiligen Gebirge, vor unserem geliebten Deutschland, der Heimat, ist mein Leben nur ein edel schillernder Kiesel. Unser Kampf führt immer zum Sieg, davon bin ich überzeugt. Was ist da schon ein Jahrhundert schlechter Atem oder ausgerechnet mein Kampf?

2024 kommt! Und unsere Zeitung benötigt 1.000 neue Jahresabonnements bis 29. Dezember 2023, um im neuen Jahr weitermachen zu können, siehe Demokratischer-Widerstand.de/Abo. Bis Drucklegung hatten wir bereits 50 Prozent geschafft. Einen Probiercoupon für Demokratieliebhaber finden Sie auf Seite 16 unterhalb des Grundgesetzes und Artikel 146.

Frohe Weihnachten, von Herzen Dank,
Ihnen und Euch allen alles Liebe,

Anselm Lenz
Journalist, Verleger
Gründer der neuen Friedens- und Demokratiebewegung

DIE HACKORDNUNG

Wie kritische Künstler frenetisch verfolgt werden | Von Hendrik Sodenkamp

Um die ehemalige DW-Illustratorin Jill Sandjaja hat sich in Berlin ein Kreis von kritischen Künstlern versammelt. Für ihre Arbeit gründeten sie einen Verein namens Internationale Agentur für Freiheit, mit dem sie bereits eine Reihe von Ausstellungen und Veranstaltungen organisiert haben – wofür sie von regierungsloyaler Seite massiv angefeindet werden. Am Sonntag, den 10. Dezember 2023, fand eine weitere Veranstaltung von ihnen statt – beziehungsweise sollte stattfinden.

Wohl wissend, dass Veranstaltungsorte massiv unter Druck gesetzt werden, gaben sie diesen erst Nachmittag zuvor bekannt: Das Café Rix in Neukölln. Ein Café, das seit Jahren regelmäßig Bilder von lokalen Künstlern aus dekorativen Gründen – meist langweilig nichtssagend – an den Wänden hat und dass im Seitenflügel des Theaters Heimathafen Neukölln seinen Sitz hat. Das Theater, in dem der sogenannte »Goldene Aluhut« verliehen wird, ein Verleumdungspreis, finanziert mit Staatsknete, um Oppositionelle zu erniedrigen.

Der Kontakt zum Café war über einen Künstler hergestellt worden, der dort einmal eine private Feier veranstaltet und sich mit dem Wirt verstanden hat. Details wurden besprochen, dem Wirt die auszustellenden Bilder gezeigt und ein Termin für Hängung und Ausstellungseröffnung vereinbart. Soweit, so normal und unspektakulär.

LANGEWEILE UND FANATISMUS

Nachdem dann der Veranstaltungsort veröffentlicht worden war, ging innerhalb von Minuten in den einschlägigen digitalen Blockwart-Blogs die Verleumdungskampagne los. Regierungsaktivisten teilten Bilder der Ausstellungsräume, die sie umgehend nach Bekanntgabe aufgesucht hatten, um mit den Mitarbeitern dort zu sprechen und sie aufzustacheln. Sie meinen wohl: zu »warnen«. Am Sonntag, dem Tag der Ausstellungseröffnung, wurde diese dann eine Stunde vor Beginn per SMS abgesagt. Man habe »gemeinsam entschieden«, dass man diese Ausstellung dort nicht haben wolle. Die Künstler stellten den Wirt zur Rede, der bestritt, die Bilder an seiner Wand überhaupt angeguckt zu haben. Eine glatte Lüge. Er schien auch kein grundsätzliches Problem mit diesen Bildern zu haben, nannte keinen konkreten Grund für die Absage und schlug vor, die Bilder noch ein paar Tage hängen zu lassen, obwohl ein Zeitraum von einem Monat vereinbart worden war. Reden halten und singen durften die Künstler auch nicht. Statt den Raum wie vereinbart für die Künstler zu reservieren, ging es nun nur noch darum, die anderen Gäste nicht zu stören.



Die Bildmontage »Propaganda und ihre Kinder« von Jill Sandjaja porträtiert ihre antisemitischen Verfolger.

Eine Absage für die eigenen geladenen Gäste war eine Stunde vor dem angekündigten Beginn für die Künstler der IAFF nicht mehr möglich. Die Leute kamen. Um die 100 Personen – ausgesprochen viel für eine Vernissage. Sie verhielten sich ausgesprochen ruhig in Anbetracht dessen, dass sie eigentlich ein paar Reden, ein Künstlergespräch und ein Konzert des Musiker Karsten Troyke erwartet hatten. Und nun sollten sie auch noch froh sein, überhaupt einen Kaffee zu bekommen.

JETZT HABT EUCH NICHT SO

Der Wirt wollte den Ball flachhalten und zum Alltag zurückkehren. Man servierte passiv-aggressiv Getränke, warf den Gästen kritische Blicke zu, als ob zweifelhafte Gestalten im Raum seien, die es in Schach zu halten gelte. Der Wirt machte einen auf professionell, nachdem man unter Brechung jeglicher Professionalität eine Stunde vor Beginn die Veranstaltung abgesagt hatte. Doch die Künstler bereiteten dem Schauspiel ein Ende, hingen aus Protest ihre Bilder ab und machten sich auf den Weg nach Hause. Weil die angespannte Ruhe beendet wurde, rief eine Mitarbeiterin des Cafés die Polizei: Eine Gruppe von Menschen würde hier im Laden die Gäste stören. Die Polizei kam – mit sieben Einsatzfahrzeugen, Blaulicht, Sirenen und rund 40 Beamten, die den Ausgang des Lokals für die Künstler blockierten. Die Situation konnte schnell geklärt werden. – Am Rande der Szenerie berichtete ein Mitarbeiter aus dem Haus dem *DW*, dass der Wirt vom Theater Heimathafen massiv unter Druck gesetzt worden sei. Er selber habe sich die Bilder noch einmal angeguckt, aber nicht verstehen können, was das Problem sei.

Nachdem im Anschluss mehrere freie Medien und dann die *Berliner Zeitung* kritisch über den Vorgang unter dem eigentlich verharmlosenden Begriff *Cancel Culture* berichteten, sah sich der Wirt zu einer Stellungnahme veranlasst. Er wolle eben dieses »Milieu« nicht in seinem Haus haben und das »Spektrum« gefalle ihm nicht. Überhaupt sei er getäuscht worden, weil die Künstler nicht gesagt hätten, wer sie seien. Ja, was hätten sie denn sagen sollen? »Du, hier siehst du unsere Bilder, das werden wir ausstellen und deswegen werden hier fanatische Regierungsjünger auflaufen und dich als Antisemiten bezeichnen, wenn du sie nicht mehr abhängst? Und dann kommt die Stadt und verpachtetet diese Räume nicht mehr an dich, wenn du dich für uns und für Kunstfreiheit einsetzt«. Wirklich? Das muss man als Künstler vorab sagen, um einen Raum zu bekommen? Für die Ausstellungseröffnung waren für die Künstler durch Anreise, Hotelzimmer, Drucke, An- und Abtransport Kosten von mehreren Tausend Euro angefallen. Wer zahlt das?

Das Theater hatte im Jahr 2014, mit einem der üblichen Rassismusskandale zu kämpfen (»anti-asiatische Stimmungsmache«) und lief damit Gefahr, die Verträge mit der Berliner Verwaltung über Förderung und Räume zu verlieren. Die Verleumdungskampagne war unter anderem von der *taz* gestartet worden, um das bis dahin unberechenbare Haus, das dazu noch »Volkstheater« sein wollte, auf Linie zu bringen. Als Konzession an den Apparat war daraufhin der »Goldene Aluhut« ins Haus geholt worden und der paranoide Geist des Parteienkartells kehrte ein, der die Lokalität nun in Beschlag hält. Diese Drangsalierung wurde jetzt an den Wirt weitergegeben, der sie wiederum an den Künstlern ausließ, indem er so tat, als habe man eine NSDAP-Party in seinen Räumen ausrichten wollen. Da kann man ahnen, mit welch düsteren Begriffen die Künstler beschrieben worden sein müssen.

»Wenn man entmenschlicht wurde, dann glauben sie, alles mit einem machen zu dürfen«, beschrieb eine Besucherin der verbotenen Ausstellung die Szene treffend. Die Frage ist, ob diese Leute ernsthaft glauben, dass ewig mit uns machen zu können, ohne Konsequenzen zu erleben?

Redaktioneller Hinweis: Von journalistischer Distanz kann keine Rede sein, da der Autor mit der Künstlerin Jill Sandjaja liiert ist. Aber er hat die gesamten Ereignisse um die Ausstellung aus nächster Nähe mitbekommen.

Hin Da! KULTURKALENDER

27.12.2023 • Zingst; Max-Hünten Haus, Schulstr. 3, 18374 Zingst • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 20 Uhr • Tickets unter *kabarett-musik.de*

18.01.2024 • Berlin; Al Hamra, Raumerstr. 16, 10437 Berlin • KONZERT • »El derecho de vivir«, Lieder von Victor Jara 50 Jahre nach seinem Tod dargeboten von Alejandro Soto Lacoste und Ernesto Villalobos • 19 Uhr • Eintrit frei, Spenden erbeten

21.01.2024 • Köln; genauer Ort wird noch bekanntgegeben • VORTRAG • »Zeitenwende« von Ernst Wolff • 18 Uhr, Einlass ab 17 Uhr • Tickets: 27 € unter *krasser.guru*

26.01.2024 • Köln; Hinterhofsalon, Aachenerstrasse 68, 50674 Köln • KONZERT/ LESUNG • »Partners in Crime« von und mit Alexa Rodrian und Jens Fischer Rodrian • 20 bis 22 Uhr • Tickets ab 18 € unter *krasser.guru*

09.02.2024 • Hamburg; Rudolf-Steiner-Haus, Mittelweg 11, 20148 Hamburg • VORTRAG • »Wohnst Du noch in der EU oder lebst Du schon in Europa?« von und mit Ulrike Guérot und Hauke Ritz • 19:30 Uhr, Einlass ab 18:30 Uhr • Tickets 25€ unter *krasser.guru*

10.02.2024 • Berlin; Musikbrauerei, Greifswalder Str. 23a, 10405 Berlin • MASKENBALL • zur Karnevals-/ Faschingszeit, veranstaltet von Captain Future • Beginn ab 22 Uhr • Tickets im Vorverkauf über maskenball.events oder an der Abendkasse

11.02.2024 • Herrenberg; Stadthalle, Seestr. 29, 71083 Herrenberg • PARTY • »Faschings-Sonntag« mit Künstlern für Frieden und Freiheit: Alien's best friend, Ludger K., ÄON, Kilez More und andere • ab 14 Uhr • Tickets: 30€ unter *krasser.guru*

17.02.2024 • Jesteburg; Heimatmuseum, Niedersachsenplatz 5, 21266 Jesteburg • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • 20 Uhr • Tickets unter *kabarett-musik.de*

19.02.2024 • Bad Dürkheim; genauer Ort wird noch mitgeteilt • VORTRAG • »Die Macht der Propaganda« von Kayvan Soufi-Siavash • 18.30 Uhr, Einlass ab 17.30 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

03.03.2024 • Taufkirchen; Kultur und Kongresszentrum, Köglweg 3 82024 Taufkirchen • WORKSHOP • »Achtsamkeit« ein Tag mit Dr. Daniele Ganser • 10 bis 17 Uhr • Tickets: 180 € unter *krasser.guru*

04.03.2024 • Ingolstadt; Schloßlände 24, 85049 Ingolstadt • VORTRAG • »Weltfrieden« von Dr. Daniele Ganser • 19 Uhr, Einlass ab 18 Uhr • Tickets:29,90 € unter *krasser.guru*

06.03.2024 • Bad Aibling; Käufer werden vor der Veranstaltung über Details informiert • VORTRAG • »Angst essen Freiheit auf« von Kayvan Soufi-Siavash • 19 Uhr, Einlass ab 18 Uhr • Tickets: 27€ unter *krasser.guru*

06.03.2024 • Hannover; genauer Ort wird noch bekanntgegeben • VORTRAG • »Wie wollen wir in Zukunft miteinander leben?« von Jens Lehrich • 19.30 bis 22.30 Uhr, Einlass ab 18.30 Uhr • Tickets: 25€ unter *krasser.guru*

09.03.2024 • Augsburg; Parktheater im Kurhaus Göggingen, Klausenberg 6, 86199 Augsburg • KONZERT/ BALLETT/ LESUNG • »Klang des Friedens – Stimmen der Freiheit« mit Simone Werner, Rairda, Rasmus Schumacher, das Ballettensemble Josipa Stage Company, Prof. Martin Haditsch und Band u.v.m. • Beginn 16 Uhr • Tickets unter parktheater.eventim-inhouse.de • mehr Infos unter *freiheitsliebe.org*

09.03.2024 • Kirchheim bei Bad Hersfeld • VORTRAG • »Die Macht der Propaganda« von Kayvan Soufi-Siavash • 18 Uhr, Einlass ab 17 • Tickets: 27 € unter *krasser.guru*

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



CHARAKTER-MASKEN
Bildmontagen
Rudolph Bauer

Pad-Verlag, bestellbar auf
demokratischerwiderstand.de



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI –
Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder,
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?

Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp & Lenz Verlagshaus,
ISBN: 978-3-9822745-1-5



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6



ÖFFENTLICHKEIT IM NEBEL

KOLUMNE MEDIEN

Von Prof. Michael Meyen

Ein Jahr zum Vergessen: Die Medienbranche hat sich auch 2023 vor allem mit sich selbst beschäftigt, damit jede Diskussion über die Sünden der Vergangenheit blockiert und uns so ein Stück Zukunft genommen.

EU-Kommission eröffnet Verfahren gegen X. Endlich. Die Erleichterung trieft aus jeder Zeile, die die Redaktionsstuben gerade in die Welt funken. Schluss mit Desinformation und Hass. Schluss mit diesem Milliardär, der sich blaue Haken bezahlen lässt, Anfragen nicht ordentlich beantwortet und auch noch die Moderation lockert. Nicht auszudenken, wenn plötzlich sogar irgendwelche Querdenker die Menschen im Land wieder irritieren könnten.

Damit das nicht falsch verstanden wird: Die Öffentlichkeit gehört uns und nicht irgendwelchen Superreichen. Publizistische Macht braucht Kontrolle. Auf dem Weg dorthin sind wir in den letzten zwölf Monaten auch deshalb nicht weitergekommen, weil die Leitmedien eine Nebelkerze nach der anderen zünden und so die Sicht verstellen. Aiwanger. Rammstein. Til Schweiger. Immer frei nach dem Motto: Wir hauen einfach einen raus, haben dann Stoff für die nächsten Wochen und können uns am Ende sogar selbst feiern, wenn der Presserat alle Beschwerden zurückweist wie Anfang Dezember, als es um die Kampagne gegen den Chef der Freien Wähler ging. Wohlgemerkt: Dieser Presserat gehört den Verlagen. Dort sitzen lauter Krähen, die wissen, dass sie den Schwarm zu schützen haben.

Das beste Versteck bieten Scheindebatten. Der Rundfunkbeitrag. 58 Cent mehr, eine Nullrunde oder sogar ein kleines Minus? Der *RBB*-Skandal. Die Zustellförderung. Lasst sie bitte nicht verhungern, die Milliardärsfamilien, die uns mit der Regionalpresse beglücken. ChatGPT. Der Genderstern. Immer wieder der Genderstern. In all dem Lärm geht unter, dass Brüssel die Macht über die Medien an sich gerissen hat. Deutschland ist gerade dabei, die neuen Regeln umzusetzen. Das Bundeskriminalamt plant mit 450 neuen Stellen, um all die Beschwerden verarbeiten zu können, die mit dem *Digital Services Act* auf die Behörden zurollen. Um die Leitmedien geht es dabei nicht. Der Journalismus ist heilig. Viele Aufgaben für 2024 – von den Leuchtturm-Mahnwachen bis hin zu dieser Zeitung.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



WORUM GEHT'S BEI WEIHNACHTEN?

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Christian Stockmann

Darüber sind sich die meisten einig: Es ist ein Fest der Liebe, des Friedens und der Familie. Man will eine möglichst schöne Zeit miteinander haben und wenigstens zwei freie Tage.

Gutes Essen ist wichtig, Kerzenlicht-Atmosphäre, Musik und der Weihnachtsbaum. Etwa 30 Millionen Bäume werden pro Jahr in Deutschland verkauft. Und natürlich Geschenke als Zeichen der Aufmerksamkeit. Leider hat uns die Inflation hart getroffen, deshalb gibt der deutsche Kunde dieses Jahr etwas weniger für seine Weihnachtsgeschenke aus: Laut Statista im Schnitt »nur« 507,10 Euro.

Im Einzelhandel werden zu Weihnachten rund 120,8 Milliarden Euro umgesetzt. Wie war das? »Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon!?» Na ja – immerhin spenden wir auch rund 1,3 Milliarden Euro.

Als Kind konnte ich es kaum erwarten – die Geschenke. Das leckere Essen. So viele Süßigkeiten. Und der reich geschmückte Baum. Als *Teenager* fing ich dann an zu fragen: Warum plötzlich in die Kirche gehen, wenn es einem das ganze Jahr über nichts bedeutet hat? Warum diese ganze Heuchelei? Nach meiner Konfirmation ging ich nie wieder hin.

Mit 20 lud mich dann ein Freund das erste Mal in eine Pfingstgemeinde ein. Für mich war es ein Schock: Da waren Leute, die inbrünstig beteten und tatsächlich glaubten, dass einer da ist, der ihnen zuhört. Aber einige Monate später geschah es mir selbst: eine himmlische Umarmung, ein Vollbad in der Liebe Gottes. 60 Sekunden reichten aus. Gänsehaut! Jesus, das Licht der Welt, kam in meine Dunkelheit! Und er sprach zu mir: »Diese Liebe kannst du haben, jeden Tag in deinem Leben.« – *»Ja! Das will ich! Was muss ich tun?«* – »Besorg dir eine Bibel und fang an, darin zu lesen!« Seitdem ist »Ich steh an Deiner Krippe hier« für mich nicht mehr nur ein Weihnachtslied, sondern das Lied meines Lebens.

Eines der schönsten historischen Weihnachtswunder ist der Waffenstillstand im Jahr 1914, als Deutsche und Briten gemeinsam Lieder sangen und Fußball spielten. Leider hielt dieser Friede nur drei Tage an. Ähnlich wie in vielen Familien heutzutage. Warum fällt es uns so schwer, dauerhaft in Frieden und Wertschätzung miteinander umzugehen? Dafür gibt die Bibel eine klare Diagnose: Unser Egoismus, unsere von Gott abgefallene Natur.

Genau deshalb sagte Jesus: »Ihr müsst von neuem geboren werden.« Zum weiteren Nachdenken empfehle ich die Serie *www.the-chosen.net* und wünsche frohe Weihnachten.



SPORT MIT BERTHOLD

VÖLKERFREUNDSCHAFT STATT KRAWALL

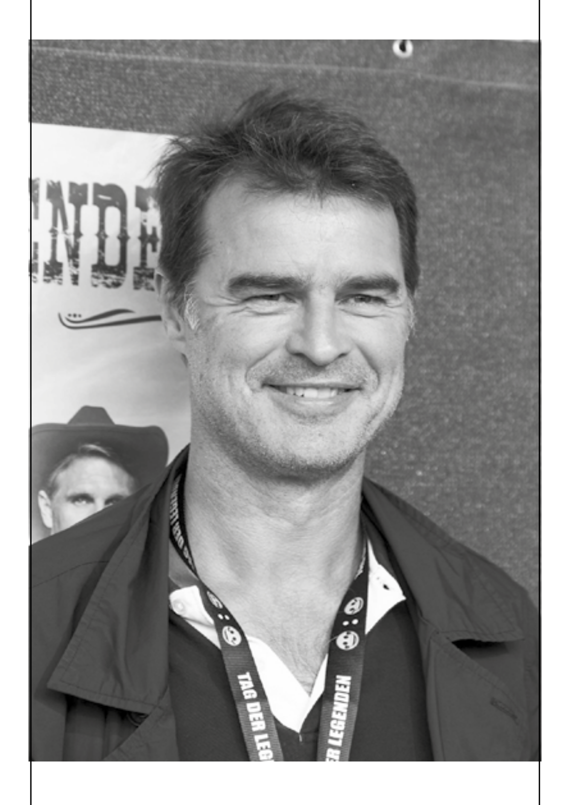
Deutschland wird nicht als Favorit in das Turnier im eigenen Land gehen. Nicht zu den Top-Tipps der kommenden Europameisterschaft 2024 zu gehören, kann ein Vorteil sein. Die Erwartungshaltung wird nicht zu hoch sein.

Mindestziel muss der Gruppensieg und damit der Einzug ins Achtelfinale sein. Für mich ist die Gruppe A die leichteste. Die deutsche Fußballnationalmannschaft der Herren eröffnet das Turnier mit dem Match gegen Schottland am 14. Juni 2024 in München. Die weiteren Teams in Gruppe A sind die Schweiz und Ungarn.

FUSSBALL BLEIBT UNBERECHENBAR

Nach überstandener Gruppenphase kann die deutsche Mannschaft durch das Publikum zu weiteren Siegen getragen werden. Dafür müssen aber Einsatz und Leistung diesmal stimmen. In einem K.O.-Spiel braucht es auch das nötige Matchglück und der Fußball ist ja unberechenbar, das darf man auch nicht vergessen. Meine Top 3 für das Turnier sind Frankreich, England und Spanien.

Das bevorstehende große Turnier trifft derzeit auf eine eher bedrückte bis ausgelaugte Stimmung im Land. Aber nicht, weil wir nach drei für uns enttäuschenden Turnieren in Folge den Fußball nicht mehr lieben würden, im Gegenteil, sondern wegen den politischen Entwicklungen. Mit großen Protesten im Zuge des Turniers rechne ich trotzdem nicht. Eventuell kann es je nach Begegnung zu Fankrawallen kommen. Ich hoffe aber, dass die EM in Deutschland ein völkerverbindendes Fussballfest wird!



»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist u. a. Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»DINGE PASSIEREN NICHT. DINGE WERDEN GEMACHT, DAMIT SIE PASSIEREN.«
JOHN F. KENNEDY

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*